Arbeiterpolitik

7. Jahrgang Nr. 16 | Stuttgart, den 20. August 1954 | 30 Pfennig

Eine Stadt steht Kopf

Neun Jahre nach Kriegsende sollen 350 Einwohner der Stadt Bremerhaven ihre Siedlungshäuser verlassen, um amerikanischen Besatzungssoldaten und deren Familien Platz zu machen. Die Siedlungshäuser sollen beseitigt und dafür amerikanische Großbauten erstellt werden! Es handelt sich um das Gelände an der Langener Landstraße und Wursterstraße, genannt „Blink" und Engemoor, auf dem noch ein von den Nazis erbautes Marinelazarett steht, das von den Amerikanern übernommen wurde.

Bremerhaven, eine Stadt von 125 000 Einwohnern, ist mit 15 000 Mann Besatzungstruppen belegt und damit am stärksten betroffen von den Folgen amerikanischer Besatzungspolitik im gesamten Bundesgebiet. Stationiert sind Einheiten der Marine, Infanterie, Fliegerelitetruppen und Militärpolizei. Bremerhaven ist der Hauptumschlagsplatz für den amerikanischen Verpflegungsnachschub und den Nachschub von Kriegsmaterial. Hier wurden u. a. die Atomkanonen ausgeladen.

Bremerhaven besitzt die größte Fischereiflottille Europas. In der Fischindustrie arbeiten etwa 20 000 Beschäftigte, verteilt auf 380 Firmen. Im Hafen sind je nach Schiffsandrang 600 bis 2000 Arbeiter tätig. Das Rückgrat der klassenbewußten Arbeiter bilden die Belegschaften der 4 Werften Bremerhavens, wovon auf die Seebeckwerft 1200, den Norddeutschen Lloyd 1100, die Unterweserwerft 650 und die Rickmerswerft 550 Arbeiter entfallen. Dazu kommen die Zubringerbetriebe. Die vormals revolutionären Hafenarbeiter sind heute durch die Stillhaltepolitik der Gewerkschaft und die Prinzipienlosigkeit der KPD führerlos geworden.

Am „Blink", dem Mittelpunkt unseres Berichtes, ist in jahrzehntelanger harter Kleinarbeit Kulturland geschaffen worden, auf dem Siedlungshäuser und Villen entstanden. In den Villen wohnen schon seit der Besetzung die Amis. Dies Gebiet wurde aber auch zu einer Zufluchtsstätte der ausgebombten Bremerhavener, aus der Not geboren, sind die dort stehenden Wohnlauben zu Wohnstätten ausgebaut worden, neue Behelfsheime kamen hinzu.

Die Amerikaner bewohnen heute bereits eine Wohnfläche von 33 000 qm. Hierbei sind die Großbauten nicht mitgerechnet, für die allein pro Wohneinheit an Ausrüstungsmitteln ungefähr 42 000 DM über das Besatzungskostenamt aufgebracht werden mußten. Den hierfür erforderlichen Grund und Boden mußte die Stadt von den Privatbesitzern kaufen. Demgegenüber verdient festgehalten zu werden, daß 65% des gesamten Wohnraums durch Kriegseinwirkungen vernichtet oder unbewohnbar geworden sind. Auf dem Baugelände des „Blink" sollen nicht nur Familienangehörige der Amis Wohnraum erhalten, sondern es sollen außerdem 160 Wohnungen für Junggesellen geschaffen werden. Dafür müssen 350 Personen evakuiert und 36 Häuser niedergerissen werden.

Um keine Empörung in der Bevölkerung Bremerhavens aufkommen zu lassen, hatte der Magistrat mit der Veröffentlichung der Pläne bis zum letzten Augenblick gewartet. Zwar fanden interne Vorbesprechungen im Magistrat statt, amtlich wurde jedoch erst im Dezember 1953 zu dieser Frage Stellung genommen. Auch hier blieb noch alles unklar. Im Mai 1954 bekamen die Siedler dann plötzlich Räumungsbefehle. Das löste bei diesen eine Welle der Empörung aus. Beschwerden, Einwände und Resolutionen der Siedler wurden damit abgetan, daß nichts mehr zu ändern sei, da sie durch die Beschlagnahmeanordnung ihr Eigentum verloren hätten.

Das Stadtparlament hatte in seiner Sitzung am 29. Juni 1954 über die „Blink"-Räumung zu entscheiden. Die Deutsche Partei (die ehemalige Welfenpartei) versuchte durch ihren Vorsitzenden, Schneider, der auch Bundestagsabgeordneter ist, diese Räumungssache als Gelegenheit zu benutzen, um den in seiner eigenen Partei unbeliebten SPD-Oberbürgermeister Gullasch zu stürzen. Die SPD-Fraktion des Stadtparlaments wollte mitmachen. In der SPD gab es seinerzeit heftige Auseinandersetzungen, weil die Mehrheit gegen die Kandidatur von Gullasch für den Posten des Oberbürgermeisters war und den jetzigen Bremer SPD-Senator für Arbeit und Wohlfahrt, van Heukelum, vorgeschlagen hatte. Letzterer war bereits vor Gullasch Oberbürgermeister von Bremerhaven gewesen.

Eine Stunde vor der Sitzung des Stadtparlaments am 29. Juni erschien zur Fraktionssitzung der sozialdemokratischen Abgeordneten der Bremer Polizeisenator Ehlers (ehemals KPD, dessen politischer Werdegang von uns schon mehrfach beleuchtet wurde). Er versuchte den Widerstand der Siedler gegen das Bauvorhaben für die Amerikaner zu bagatellisieren und argumentierte, die SPD dürfe der DP in Hinblick auf die kommende Bürgerschaftswahl keinen Wahlschlager in die Hand geben. Bestimmte Kreise des Magistrats hätten ihn gebeten, die Bereitschaftspolizei des Landes Bremen zur „Abschirmung" des Geländes und zum Schutz der Bauzerstörungskolonnen zur Verfügung zu stellen. (Der Bremerhavener Magistrat hatte vorher unter dem Druck der Oeffentlichkeit bekanntgegeben, daß die Bremerhavener Polizei, die dem Magistrat Bremerhavens unterstellt ist, keine Amtshilfe leisten wird.)

Auf die Frage des SPD-Stadtabgeordneten, ob Ehlers seine Bereitschaftspolizei einsetzen wolle, antwortete dieser, ob sie glaubten, daß sie sich durch eine solche Maßnahme unpopulär machen würden. Erinnerte Ehlers sich einen Augenblick des die Arbeiterschaft ungeheuer erregenden Falles der „Madonna von Crimmitschau" im Jahre 1911, die 3 Wochen Gefängnis im kaiserlichen Deutschland erhielt und mit einem kleinen Kind im Arm eingekerkert wurde, weil sie bei einem Streik „Pfui, Streikbrecher!" gerufen hatte?

In der Stadtverordnetensitzung wurde dann auf Grund der Intervention von SPD-Polizeisenator Ehlers aus Bremen der Mißtrauensantrag der DP gegen Oberbürgermeister Gullasch vertagt, gleichzeitig aber der Magistrat

verpflichtet, keine amtliche Hilfe bei der Räumung am „Blink" zu leisten. Am 12. Juli erschienen erstmalig Baukolonnen und Vermesser am „Blink", wurden jedoch durch die Siedler zur Umkehr gezwungen. Daraufhin schickte Gullasch entgegen dem Beschluß des Magistrats Polizei. Diese Maßnahme begründete der Magistrat damit, daß er vom Bremer Senat hierzu verpflichtet worden sei.

Von dem Tage an begann der Aufmarsch von zehntausenden Demonstranten, die im bedrohten Siedlungsgebiet auftauchten und verhinderten, daß die Zerstörungsarbeit aufgenommen und die Evakuierung durchgeführt wurde. Schwarze Fahnen flatterten vor Transparenten: „Wir bleiben doch auf unserem Grund und Boden!" Inzwischen beschuldigte sich der sozialdemokratisch geführte Magistrat gegenseitig, die Amerikaner auf dieses Gebiet aufmerksam gemacht zu haben. Die Arbeiter der Baufirmen, die mit den sogenannten Aufschließungsarbeiten beauftragt waren, machten nicht mit. Sie weigerten sich, ihre Hände für eine gegen Werktätige gerichtete brutale Zerstörung herzugeben. Und die größtenteils gewerkschaftlich organisierten Polizeibeamten verhielten sich ebenfalls passiv, nicht zuletzt auch aus dem Grunde, weil einige ihrer Kollegen in dem bedrohten Wohngebiet mit ihren Familien wohnen. Die Solidarität war somit allgemeiner Natur.

Stadtparlament, Bremer Landesparlament und Bundestag haben sich bisher mit der Sachlage befaßt mit dem Ergebnis, daß die jeweiligen Mehrheiten auf die entsprechenden Verträge mit den Besatzungsmächten verwiesen haben. Hinweise darauf, daß genügend unbebautes Land für die Amibauten vorhanden ist, wurden von Bonner Regierungskreisen und deutsch-alliierten Behörden damit abgetan, daß die Erschließung zuviel Geld koste, denn die bebaute Siedlung erspare die Ausgaben für Aufschüttung, Kanalisation usw. Das inzwischen einberufene Stadtparlament von Bremerhaven erbot sich, für die Umsiedlungszwecke noch 2,7 Mill. zuzuschießen.

Die Morgenluft witternde DP führte Versammlungen mit den „Blink"-Siedlern durch und schob die ausschließliche Verantwortung der Unfähigkeit der Verwaltungsbeamten und der bürokratischen Handhabung zu, womit zweifelsohne die SPD gemeint war. Im übrigen schlug man gewaltig auf die nationale Trommel. Später ließ allerdings die DP durch ihren Bundestagsabgeordneten Schneider verlauten, daß sie von Aktionen wie Verjagen der Baukolonnen, Besetzung des Baugrundes durch Demonstranten abrücke, weil dies in kommunistischem Fahrwasser ende.

Die SPD verhielt sich, abgesehen von der Herausgabe einer papierenen Sympathieerklärung in Form eines Flugblattes, passiv. Die KPD schlief den Schlaf der Gerechten. Als sie erwachte, war bereits alles im Gange. Sie berief eine Versammlung ein, auf der die betroffenen Siedler nicht erschienen. Anwesend waren lediglich 14 Personen. Dieses Ergebnis war nicht verwunderlich, denn im Versammlungsaufruf wimmelte es von nationalen Phrasen, worin ihr die DP des ehemaligen Fliegerhauptmanns Schneider bedeutend überlegen war. Und die Bauarbeiter fühlten sich durch die propagierte „Nationale Front" nicht angesprochen.

Eine Woche später führte die KPD eine Versammlung mit ihrem Stadtverordneten, Schmidt, durch. Hierzu erschienen 250 Personen, wovon der größte Teil mit Autos von Bremen und Umgebung herangebracht worden war.

Auch die Gewerkschaften traten auf den Plan. Eine stark besuchte Vertrauensmännerversammlung erklärte ihre volle Unterstützung für die bedrängten deutschen Siedler. Offen gaben die Kollegen der Schiffswerften der Gruppe Metall die Versicherung ab, daß sie mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln, einschließlich Streik, antworten werden, sobald akute Gefahr für den Abbruch der deutschen Siedlung bestehe. Diese ernst zu nehmende Kampfentschließung hat zunächst so hingehauen, daß die Zerstörer keine weiteren Anstalten unternahmen.

Aber auf der anderen Seite des Tauziehens um d primitivste Recht, das Wohnrecht deutscher Kleinsiedle standen die Unternehmer, die Steinfabrikanten, die Ba löwen und die Bejaher der Besatzungspolitik. Der SPD Oberbürgermeister ließ für sie die Katze aus dem Sac als er erklärte:

„Von der Bausumme zur Erstellung der amerikanischen Wohnblocks in Höhe von 25 Millionen DM bleiben gut 1½ Millionen DM als Verdienst in Bremerhaven! Zwei Jahre werden 600 Bauarbeiter beschäftigt 3000 Bremern kommt die Durchführung dieses Programms zugute, deren bisher beschlagnahmten Wohnungen dadurch frei werden."

Die Amerikaner erklärten, sich nicht einmischen zu wollen, da die Durchführung dieser Angelegenheit Sache der Deutschen sei.

In diesem Durcheinander rückte plötzlich am 30. Juli und von da an jeden Tag, die Bremerhavener Polizei mit Ueberfallwagen an und erzwang mit vorgehaltenem Revolver und Gummiknüppel die Durchführung der Abbrucharbeiten. Die in der Siedlung anwesenden Frauen und Kinder wandten sich in ihrer Bedrängnis an die Betriebsräte der in der Nähe liegenden Unterweser- und Rickmerswerft.

Am Donnerstag, dem 5. August 1954, legten die Arbeiter beider Werften, getreu dem Beschluß der Vertrauensmänner, die Arbeit nieder und formierten sich zu einem Demonstrationszug. Im Nu waren Transparente zur Hand: „Wir marschieren zum Blink!" 1200 Werftarbeiter marschierten! Wie von den Wogen einer Sturmflut alles mitgerissen wird, so schwoll der Zug auf 2000 Menschen an. „Die Straße dröhnt von der Wucht der proletarischen Ferse!", sagte Demjan Bjedny einst. Und so geschah es hier!

Als die gewaltige Menschenlawine den „Blink" erreichte, war im Handumdrehen das Gelände von Polizei gesäubert, Tschakos und Gummiknüppel rollten auf dem Boden herum. Sofort nachdem diese Arbeit getan war, richteten die Arbeiter die von der Polizei und den Räumkolonnen niedergerissenen Zäune wieder auf und schaufelten die Gräben wieder zu. Die Freude unter den Siedlern war so groß, daß sie die Werftarbeiter großzügig bewirteten. Eine Delegation der Werftarbeiter begab sich zu dem von der Polizei besetzten Stadthaus.

Oberbürgermeister Gullasch hatte es vorgezogen, seinen Urlaub zu nehmen und auf Jagd zu gehen. Sein Stellvertreter, SPD-Bürgermeister Rumpf, äußerte sich zu den Forderungen der Delegation — die Inhaftierten sofort freizulassen, die Polizei zurückzuziehen und die Zusicherung zu geben, daß keinerlei Zwangsräumungen unternommen werden —, Polizeiaktionen würden nur unterbleiben, wenn die Bauarbeiten nicht mehr durch die Bevölkerung behindert würden. Die Delegation lehnte daraufhin jede Verantwortung für neue Demonstrationen ab. Die Inhaftierten wurden jedoch freigelassen.

Für die Verantwortlichen des Magistrats war „Holland in Not". „Jetzt spielten die Flöten". Rumpf bat um Unterstützung der Bremer Polizei. Regierungsdirektor Loebert von der Dienststelle des Senators für das Innere in Bremen stellte sofort 200 Mann Bereitschaftspolizei mit Wasserwerfer zur Verfügung. Die Werftarbeiter hatten beschlossen, wieder zu marschieren, wenn Zwangsräumungen vorgenommen würden.

Am Freitag kehrte Oberbürgermeister Gullasch zurück, nachdem er seine Jagd in Brilon abgebrochen hatte. An der Spitze der ihm zur Verfügung gestellten Streitkräfte begab er sich zum „Blink". Mit Pfui-Rufen wurde er empfangen. Das war das Signal für die von SPD-Senator Ehlers ausgebildete Bereitschaftspolizei, eine „Einsatzprobe" zu geben und die Umgebung des Baubüros zu räumen. U. a. erhielt ein neunjähriger Junge einen so heftigen Faustschlag in den Bauch, daß er sich vor Schmer-

stümmte. Selbst die bürgerliche Tagespresse Bremens sah sich gezwungen, von einer reichlichen Rücksichtslosigkeit der Polizei zu schreiben. Eine Frau wurde von Polizisten überwältigt, mit Stricken auf einer Bahre gebunden und abtransportiert!

Eine Abordnung der Seebeckwerft erschien am Freitagmorgen bei Rumpf und beanstandete, daß bei den Betrieben und in weiten Kreisen der Bevölkerung Klage darüber geführt würde, daß die Entschädigung für die geräumten Grundstücke und Häuser nicht schnell genug erfolge. Ihr wurde zugesichert, daß die wohnungsmäßige Unterbringung bevorzugt vorgenommen und bei vorübergehender Einweisung in teure Wohnungen die Mietdifferenz erstattet werde. Die Unternehmer drohten, aufgescheucht durch die Aktion der Werftarbeiter, mit Aussperrungen, die SPD-Führung sprach von Gefährdung der Verfassung, die Gewerkschaftsbürokratie rückte von dem Kampf der Arbeiter ab, erklärte den Streik für illegal und drohte mit Ausschluß, wenn die Arbeiter sich trotzdem an Aktionen beteiligten! Wenn die Gewerkschaftsführung ihr Stillhalten bei jeder Gelegenheit immer damit begründet hat, daß die Arbeiter nicht kämpfen wollen, so ist sie durch den Kampf der Werftarbeiter von „Blink" wieder einmal Lügen gestraft worden. Die Bremerhavener Werftarbeiter aber haben gezeigt, daß sie bereit sind, notfalls auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie, zu handeln!

Am 10. August berichtete Polizeisenator Ehlers dem Senat, daß die Bereitschaftspolizei zurückgezogen worden sei und neue Schwierigkeiten nach seiner Ansicht nicht zu erwarten seien. Die Bereitschaft der Eigentümer zu Verhandlungen sei vorhanden, wenn ihnen eine angemessene Entschädigung und eine schnelle Auszahlung geboten werde. Während seine Bereitschaftspolizei gegen wehrlose Frauen und Kinder eingesetzt wurde, sprach Senatspräsident K a i s e n im Bremer Europahafen mit den Matrosen der in Bremen „zu Besuch" weilenden zwei amerikanischen Zerstörer: „So haben wir als Rekruten auch gestanden!"

Die Vorgänge am „Blink" haben weite Kreise gezogen. Der zum linken Flügel der SPD in Bremerhaven gehörende Bundestagsabgeordnete Philipp W e h r sandte folgendes Telegramm an den Bremerhavener Magistrat:

> „Skandalöses Verhalten der deutschen Behörden veranlaßt mich, auf Seiten der Blinkbewohner zu stehen. Werde Sitz im Magistrat nicht eher wieder einnehmen, bis Grundgesetz respektiert wird. Erkläre mich ausdrücklich mit „Landesfriedensbrechern" (es sind die Worte des SPD-Bürgermeisters Rumpf) solidarisch, bis das Recht respektiert wird."

Daraufhin ließ die SPD im Bremer „Weser-Kurier" eine Erklärung veröffentlichen, wonach Wehr „in absoluter Verkennung der politischen Tatsachen" seine Stellungnahme abgegeben habe. Sie beruhe auf falschen Informationen."

Die Bremer Regierungsparteien SPD, CDU und FDP ersuchten den Senat um einen eingehenden mündlichen Bericht in der nächsten Bürgerschaftssitzung am 10. September. Das S c r i p p s - H o w a r d - Blatt „New York World Telegram and Sun" verlangte laut „Bremer Nachrichten" vom 12. August eine genaue Untersuchung der Unruhen am „Blink" in Bremerhaven. Das Blatt ist nämlich der Meinung, daß Demonstrationen bestimmt häufiger werden, wenn ihr Anlaß nicht beseitigt wird.

*

Nicht nur in Deutschland, weit über die Grenzen hinaus hat man aufgehorcht. Ein Weltblatt wie „Le Monde" hat der spontanen „Blink"-Aktion einen Leitartikel gewidmet: „Streik und Aufruhr in Westdeutschland". Die Sorge, die sie quält: Hat Deutschlands Arbeiterschaft ihren Winterschlaf beendet? Was ihnen Sorge, ist uns Hoffnung.

Nur allzu gerne vergessen die Fabrikanten der öffentlichen Meinung, daß nicht nur am 17. Juni 1953 deutsche Arbeiter Panzern unerschrocken entgegentraten, in den Märztagen 1950 haben die Arbeiter Salzgitters dem Wahnsinn der Demontagen tatkräftig Einhalt geboten und in einem unvergeßlichen Aufmarsch die Grundlagen ihres bedrohten Werkes gerettet. Zum ersten Male seit dem Sturm über Salzgitter sind am Bremerhavener „Blink" Werftarbeiter aufgestanden, um, den Bonner Säbelraßlern und den Gullasch-Kanonen der sozialen Gerechtigkeit zum Trotz, in einem Akte lauterster Solidarität ihre politische Kraft in die Waagschale zu werfen. Das Echo war in der ganzen Welt zu hören.

In Nummer 13 der ARPO haben wir den Brief eines Arbeiters aus Salzgitter vom 24. Juli veröffentlicht, der uns schrieb, daß die deutsche Arbeiterklasse den tiefsten Punkt ihres Niederganges überwunden habe und daß sich die Keime des Neuen unmerklich in den Massen entfalten. Seitdem sind knappe zwei Monate verflossen. Sie brachten uns Bremerhaven, Hamburg und Bayern, sie brachten uns Lohnbewegungen in fast allen Industriegewerkschaften.

Es grollt in der Tiefe. Schickt sich die deutsche Arbeiterklasse an, die Bühne des politischen Geschehens zu betreten?

Leserbrief:

„Wir sind doch eine Macht!"

„Wie ich schon einmal berichtete, sind in den monatlichen (Westberliner) Distriktsversammlungen der IG Druck und Papier die Besucher zumeist die alten Kollegen. Nun ist mir aber schon des öfteren aufgefallen, daß gerade einige alte Kollegen, die auch als gute Kollegen im Betrieb bekannt sind, oppositionell werden. Aber wohlverstanden, nicht gegen unsere Verbandsführung, sondern gegen die Führung der Gewerkschaften überhaupt, gegen den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Es scheint mir bedeutsam, daß diese Stimmen von alten Gewerkschaftlern kommen, denn sie finden fast stets ein vielfach zustimmendes Echo in den Versammlungen dieser „Alten".

Eine Versammlung, die erst gestern abends stattfand, hat mir diese, schon seit langem gemachte Beobachtung erneut und sehr deutlich bestätigt. Von den verschiedenen Sparten unserer Gewerkschaft waren zu der „Drupa" in Düsseldorf Delegierte entsandt worden mit dem Auftrag, zu berichten. Wie Dir ja auch bekannt ist, werden nur gute „Genossen" (SPD) delegiert.

Sie berichteten in kurzen Zügen über die gewonnenen Eindrücke und über den ungeheuren technischen Fortschritt auf allen Gebieten unser Gewerbe betreffend. Da die berichtenden Kollegen alle älteren Jahrgangs waren, über die technischen Erfahrungen einiger Jahrzehnte verfügen und auch in leitenden Stellungen tätig waren, so hatten ihre Ausführungen schon einiges Gewicht und hinterließen ein ziemlich bedrückendes Gefühl bei den Hörern.

Doch die vier Berichter setzten an den Schluß ihrer Ausführungen die Forderung an den Bundesvorstand des DGB, aus seinem Schlaf endlich aufzuwachen und mit allen Mitteln dem Arbeiter einen Anteil an diesem technischen Fortschritt zu sichern. Schnellstens die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich zu erkämpfen. Wir haben es satt, mit unseren Löhnen immer hinter dem technischen Fortschritt herzuhinken. Auch uns gehört ein Teil des Profits, den der technische Fortschritt dem Unternehmer immer wieder einbringt. Ein Berichterstatter sagte einem Ingenieur: „Haben Sie denn auch bedacht, wieviel Menschen Sie durch Ihre Erfindung brotlos machen?" Antwort: „Das ist Sache Ihrer Organisation!"

Keine Maschinenstürmerei, nichts gegen den technischen Fortschritt, aber unseren Anteil an dem Profit, gleicher Lohn für männliches oder weibliches Bedienungspersonal an den Maschinen, das waren die Forderungen der Berichter und immer wieder die Forderung an den Bundesvorstand: Aufwachen, Handeln — schnell und energisch. Wir sind doch eine Macht!" 12. 6. 54.

Die Bayern-Metaller im Kampf:

Die erste Streikwoche

Seit Montag, dem 9. August, befinden sich die bayrischen Metallarbeiter im Streik. Die Urabstimmung ergab, wie die Redaktion der ARPO in Nr. 15 schon berichtet hat, bei einer Wahlbeteiligung von 89,25 % der stimmberechtigten Mitglieder 90,4 % für Streik.

Ein so hohes Ergebnis hatten weder die Gewerkschaftsleitung noch die Arbeiter und Angestellten selbst erwartet; noch größer war die Ueberraschung der Unternehmer. Letztere glaubten vielfach, ihre Belegschaften auf Grund ihrer Sozialeinrichtungen (Altersrente, Jubilargeschenke, Erfolgsprämien, Weihnachtsgratifikationen u. a. mehr) vom Streik abhalten zu können, wenn sie jeden einzelnen Arbeiter und Angestellten brieflich darauf hinwiesen, welche „Folgen" es für die Familie habe, falls sich die Belegschaften für den Streik entschieden. Diese ungewöhnliche Aufmerksamkeit der Unternehmer bewirkte das Gegenteil von dem, was die Unternehmer bezwecken wollten.

Die Bezirksleitung, die Tarifkommission und die Ortsleitungen der IG Metall in den Industriestädten Bayerns machten nach dem Scheitern der Lohnverhandlungen die größte Anstrengung, die Metallarbeiter für einen Streik zu mobilisieren. Bei Begründung der Lohnforderung der IG Metall in Reden und Veröffentlichungen trat der Hinweis auf den geringen Lohnanteil am Umsatz und die Höhe der Unternehmergewinne besonders hervor, so daß die Preissteigerungen, die früher als Begründung der Lohnforderungen ausschlaggebend waren, zurückgedrängt wurden. Ein entsprechendes Flugblatt, das von der Bezirksleitung herausgegeben worden war, stellte u. a. fest, daß die Lohnforderungen der IG Metall bei 237 366 Beschäftigten 58 Mill. DM betragen und daß trotzdem immer noch 100 Mill. DM — nach dem Stand von 1952 — für die Unternehmerprofite verbucht werden könnten.

Die Unternehmer gerieten darüber in Wut, bezeichneten die Angaben als Lüge und erklärten, mit den Vertretern der IG Metall nicht mehr verhandeln zu wollen bis die IG diese „Anschuldigungen" zurücknähme. Daher war wohl mit einer Mehrheit für Streik zu rechnen, doch nicht in der Höhe, die die Urabstimmung ergab. Nach der Entscheidung für den Streik legte die große Lohnkommission am 4. August den Streikbeginn auf Montag, den 9. August, 0.00 Uhr, fest.

Arbeitsminister O e c h s l e schaltete sich am 5. August nochmals ein, um die beiden Tarifpartner zu einem Kompromiß zu bewegen. Die Verhandlungen scheiterten aber an dem unannehmbaren Vorschlag der Vertreter des VBM (Verein der Bayrischen Metallindustrie). Der VBM machte bei den vorhergegangenen Verhandlungen das Angebot, den Ecklohn um 8 Pfennig zu erhöhen bei gleichzeitiger Verschlechterung der Lohngruppenrelation. Das hätte bedeutet, daß die qualifizierten Angelernten, die Angelernten und die ungelernten Arbeiter in der Großstadt 2—3 Pfg. und die Arbeiterinnen nur 1 Pfg. erhalten hätten. Die Ortsklassenabschläge hätten bis zu 18 % betragen.

Das zweite Angebot desVBM sah eine Erhöhung des Ecklohnes von 5 Pfg. ohne Verschlechterung der Lohnrelation und 4 % Gehaltserhöhung vor. Mit dem Scheitern der Verhandlungen haben die beiden Partner ihre Forderung (IG Metall: Erhöhung des Ecklohnes um 12 Pfg., der Angestelltengehälter um 12 %, Lehrlingsvergütung monatlich 10 DM und 15 % Zuschlag für die Zeitlöhner. VBM: 8 Pfg. auf den Ecklohn und Verschlechterung der Lohnrelation) wieder aufgegriffen. Diese Forderungen der IG Metall und das Angebot des VBM waren in der ersten Streikwoche das wichtigste Element, die Streikfront beider Teile aufzureißen.

Der erste Streiktag ließ erkennen, daß der ausschlaggebende Teil der Belegschaft der Streikparole folgte; der Tag verlief auch ruhig. In der MAN, Werk Nürnberg, wurden z. B. rund 4000 Stimmen für Streik abgegeben und im Streik stehen ca. 5000 (Angestellte arbeiten mit wenigen Ausnahmen). Siemens-Betriebe: 7400 für Streik — ca. 8000 Streikende; Noris-Zündlicht: 700 für Streik, 700 Streikende; Zündapp: 1500 für Streik, 1800 Streikende. Man kann ohne weiteres annehmen, daß im allgemeinen die Zahl der Streikenden dort, wo die Gewerkschaft eine feste Grundlage hat, höher ist als das Abstimmungsergebnis. Soweit zu übersehen ist, wurde der Gewerkschaftsapparat vom Streik überrascht und mußte sich in den ersten paar Tagen auf die organisatorischen Maßnahmen beschränken. Nebenbei mußten noch einige Hunderte von Neuaufnahmen erledigt werden.

Eine klare Uebersicht der Streikbewegung ist durch den dauernden Wechsel von Betrieben, die nicht mehr im Streik stehen oder, umgekehrt, sich der Streikfront anschließen, schwer zu bekommen. Die Bezirksleitung hat am Anfang zugelassen, daß Betriebe, die die Forderungen der IG Metall annehmen, nicht bestreikt werden. So berichten die „Streiknachrichten" der IG Metall in ihrer 2. Nummer vom 10. August von 48 Betrieben, bei denen eine schriftliche Vereinbarung auf der Basis der Forderungen der IG Metall bis zum endgültigen Abschluß getroffen wurde. Darunter sind als VBM-Mitglieder die Firmen Victoria mit 2092 Belegschaftsmitgliedern, Uhrenfabrik Diehl mit 2070, Noris Zündlicht mit 736 und Schrawatt mit 669 Beschäftigten (alle in Nürnberg).

Insgesamt werden für Bayern 21 000 Beschäftigte angegeben, die vom Streik ausgenommen sind. Folgl versuchten die Gewerkschaftsfunktionäre auf eig Kappe abzuschließen, was von der Bezirksleitung jed abgelehnt wurde. Aber auch die Unternehmer wand sich gegen das Ausbrechen ihrer Mitglieder aus Streikfront, so daß z. B. die Firma Noris Zündlicht Zugeständnis an ihre Belegschaft zurücknahm und d aufhin die Belegschaft den Streik erklärte. Schlimm der Fall Kugelfischer-Schweinfurt. Dort haben Vertre der Ortsverwaltung durch Vermittlung des Oberbürgermeisters (SPD) eine Vereinbarung getroffen, demzufol die Lohnerhöhung 6—7 Pfg., die Gehaltserhöhung 4—5 beträgt. Das Abkommen soll bis zum endgültigen Abschluß der Vereinbarung zwischen IG Metall und VB gelten.

Ein Lohnkampf von diesem Ausmaße muß klare Fronten schaffen, damit die Streikenden sich nicht im Gestrüpp der Unternehmerangebote verirren. Die Unternehmer schlagen ihren Belegschaften vor ‚eine Vereinbarung zu treffen: 8 Pfg. Lohnerhöhung und Aenderung der Relation zwischen Facharbeiter, Angelernten und Ungelernten und 4 % für Angestellte. Ein Erfolg ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Die Stimmung der Streikenden ist seit dem ersten Streiktag wenig verändert. Es wird jetzt ernster diskutiert und der Unmut gegen die Streikbrecher gewinnt an Boden. Die Unternehmer wenden alle Tricks an, die Arbeitswilligen in ihre Betriebe zu schleusen — vom illegalen Eingang bis zum Möbelwagen. In Nürnberg ist außer einigen kleinen Zwischenfällen alles ruhig verlaufen, während es in München, Augsburg und zuletzt in Amberg zu ernsten Zwischenfällen zwischen Streikposten, Streikbrechern und Polizei kam. Die Streikleitung hat die Streikposten auf eine feste Grundlage gestellt, deren Auswirkung eine schärfere Kontrolle und Aufklärung der Arbeitswilligen ist. Im Zusammenhang damit, hat z. B. die Firma Nüral ihre Angestellten beurlaubt, um sie den „Belästigungen" der Streikposten zu entziehen.

Weite Kreise der Bürgerlichen anerkennen die Forderungen der Metallarbeiter und machen die Unternehmer wegen ihres Ablehnens der Forderungen verantwortlich für den Streik.

Die KPD-Zeitung bringt seit Wochen täglich Notizen mit Anweisungen über die Durchführungen von Maßnahmen, die zum Sieg führen. Darin wird befohlen: „... müßt . . ., es muß . . ., nur 12 Pfg., keinen Pfennig weniger usw. Doch hat das keinen Einfluß auf die Streikbewegung. Wenn die KPD-Zeitung den Streik in Bayern als einen entscheidenden Schlag gegen die Bonner Politik bezeichnet und wenn ein Telegramm aus der Ostzone an die Streikenden von einem entscheidenden Mittel für eine politische Neuorientierung spricht, so kennzeichnet dies das Unverständnis für den Ablauf eines Lohnkampfes.

Die SPD-Presse bringt nur allgemeine Notizen, ohne

...e offene Stellung im Sinne einer Unterstützung des ...bkampfes zu beziehen. Die Streikenden sind ihren ...enen Weg gegangen, und man kann sagen, daß sie ...ur sich selbst hinausgewachsen sind und sich jetzt ei...en festen Boden suchen müssen.

Am 11. August waren 462 Betriebe mit rund 120 000 ...schäftigten (vornehmlich Arbeiter und Arbeiterinnen) ...Streik. Bei der Urabstimmung konnte man wahrneh...en, daß die gewerkschaftlich organisierten Angestell...n mit großer Mehrheit für den Streik stimmten (sonst ...re das Ergebnis der Urabstimmung nicht erreicht ...rden), während sie der Streikparole in beschränktem ...aße folgten. Es zeigte sich, daß sie es wohl für richtig ...lten, ihre Gehälter durch Beschneidung der Gewinne ...erhöhen, aber es fehlt ihnen noch die eigene Initiative, ...ch ihre Person dafür einzusetzen.

Die Versteifung der Fronten veranlaßten den Arbeits...inister Oechsle, den beiden Tarifpartnern einen Vor...hlag zu machen für eine Verhandlungsbasis, und zwar ...n Ecklohn um 8 Pfg. zu erhöhen unter Beibehaltung ...r bisherigen Abstufungen Facharbeiter - Angelernte - ...ngelernte und 7 % Gehaltserhöhung. Die beiden Part...r haben den Vorschlag Oechsles angenommen, und die ...rhandlungen finden am 16. August statt. Diese Ver...ndlungen werden über Oechsle geführt, der mit beiden ...rtnern getrennt verhandelt. Sollte es zu einer Einigung ...ommen, müßte nochmals eine Urabstimmung stattfin...n, so daß 2 bis 3 Tage nach dem Verhandlungsergebnis ...e Arbeit aufgenommen werden könnte.

Mit der Bereitwilligkeit der IG Metall und des VBM, ...en Vorschlag des Arbeitsministers Oechsle als Verhand...ungsgrundlage anzunehmen, sind beide Partner von ih...n ursprünglichen Forderungen bzw. Angeboten abge...chen und können als Ausgangspunkt des Kampfes ...ren alten Platz nicht mehr einnehmen. Die IG Metall ...t noch in einer Lage, die ihr erlaubt, zuerst einmal die ...ntscheidende Differenz mit dem VBM — die Verschlech...rung der Relation — zu klären und dann die Lohn- und ...ehaltshöhe zum Abschluß zu bringen.

Es geht jetzt nicht um ein stures Festhalten an den ...ufgestellten Forderungen, sondern um die richtige Beur...eilung der Kräfte. Der Streik der bayrischen Metallar...beiter zeigt die Bereitschaft zu kämpfen, sie ist aber vor...erst nur eine Etappe zur Wiedergewinnung des Vertrau...ens der Arbeiterschaft und zur Festigung der Gewerk...schaften.

(Dieser Bericht ist am 14. August abgeschlossen worden.)

*

Aus Bayern wird uns noch geschrieben:

„. . . Ich bin überzeugt, daß der Streik eine Belebung bringen wird, und daß die größten Aufgaben erst nach dem Streik der IG Metall bevorstehen werden. Die Streikmehrheit ist keine Kampfmehrheit! Das hört man bei internen Unterhaltungen mit streikenden Arbeitern heraus. Viele Arbeiter stimmten für Streik, weil sie gar nicht glaubten, daß es dazu kommen wird. Sie sind jetzt gegen ihren eigenen Willen in die Streikfront gedrängt worden und sind ein unsicheres Element bei längerem Anhalten des Streiks.

Diese Kollegen sind der beste Beweis für das Versagen der Gewerkschaftsbürokratie in den vergangenen Jahren. Welche Ironie, daß gerade die Kollegen, die kein Vertrauen mehr zu ihrer Führung hatten, derselben Führung eine Vollmacht gaben, von der sie nicht glaubten, daß davon Gebrauch gemacht werde! . . .

Ich möchte kurz noch bemerken, daß die DAG sich bei diesem Streik in ihrem wahren Lichte zeigt und erkennen läßt, was es mit den radikalen Gesten von Forderungen für die Angestellten auf sich hat. Bis jetzt hat sich diese Organisation noch nie veranlaßt gesehen, Gehaltsforderungen direkt zu stellen, auch die Unternehmer hatten kein Interesse, mit der DAG zu verhandeln. Als die Lohnbewegung jetzt in Bayern in Fluß kam, rührte sich auch die DAC und hat sich mit dem DHV verbunden, um eine Gehaltserhöhung zu verlangen. Das Ergebnis war die Einsetzung eines Schiedsgerichtes mit einem überparteilichen Vorsitzenden, das am 3. August über die Neufestsetzung der Gehälter und die bessere Bewertung der Angestelltentätigkeit in der Industrie entscheiden sollte. Das wurde vertagt! Ein späterer Spruch lautete dann auf 5,5 %, die am 13. August den Mitgliedern zur Annahme empfohlen wurden. Streikbeteiligung wurde abgelehnt." 14. 8.54.

Eine Niederlage des Bürgerblocksenats:

Der Hamburger Streik

Seit dem 1. April 1954 besteht beim Hamburger Gas...erk, Wasserwerk und der Hochbahn ein tarifloser Zu...tand. Zuerst wurden die Lohnverhandlungen für die ...aswerke am 29. Juni aufgenommen. Die Gewerkschafts...orderung war 10 Pfennig und 6 % Lohnzulage für die ...ngestellten. Da die Unternehmer die Forderung ablehn...n, kam es zu einem Schiedsspruch, der den Arbeitern ...Pfennige und den Angestellten des Gaswerkes 3 % ...ohnzulage geben sollte. Ein entsprechender Vorschlag ...urde am 6. Juli für die Hamburger Wasserwerke ver...undet.

Die Urabstimmung ergab bei den Gaswerken (auf Emp...hlung der ÖTV-Leitung) eine Annahme des Schieds...pruches mit 67 % der Abstimmenden. Die Vertreter des ...amburger Senates und die Unternehmer lehnten im ...ufsichtsrat den Schiedsspruch ab. Nur die Gewerk...chaftsvertreter bzw. Betriebsräte stimmten ihm zu, blie...n aber in der Minderheit.

Zu dieser Zeit wurden auch die Tarifverhandlungen ...t der HHA aufgenommen. Die Unternehmerseite lehnte ...ch für die HHA eine Lohnerhöhung ab. Bürgermeister ...evek i n g gab die irreführende Erklärung ab, der ...nat wolle die Verhandlungen der Tarifgemeinschaft ...utscher Länder in Stuttgart abwarten, obwohl er wis...n mußte, daß die drei Hamburger Betriebe als gemischt...irtschaftliche Betriebe von diesen Verhandlungen gar ...t berührt wurden. Das ganze Verhalten des Ham...rger Senats kam einer offenen Provokation der Ge...kschaften, die er de facto gar nicht mehr als Tarif...rtner anerkannte, gleich.

Jetzt mußte die Gewerkschaft handeln, wollte sie nicht ...n letzten Rest Ansehen den Provokationen des Senates ...fern. Sie rief die drei Betriebe zur Urabstimmung auf. Das Ergebnis: Bei den Gaswerken entschieden sich 90,5 %, bei den Wasserwerken 87,3 % und bei der HHA 88,3 % der Abstimmenden für Kampfmaßnahmen bei Ablehnung des Schiedsspruches durch die Unternehmer. Etwa 90 % der Stimmberechtigten hatten sich an der Abstimmung beteiligt.

Trotz dieser klaren Urabstimmung lehnte der Senat ab zu verhandeln und vertröstete weiterhin auf die Verhandlungen in Stuttgart. Der Hauptvorstand der ÖTV erklärte nach Bekanntgabe des Urabstimmungsergebnisses der drei Betriebe:

„Die vergeblichen Bemühungen der Bezirksleitung Hamburg . . . durch Verhandlungen über die Lohn- und Gehaltsforderungen zu einem erträglichen Uebereinkommen zu gelangen, sind gescheitert. Sie sind ergebnislos verlaufen vor allem durch die kurzsichtige Einstellung des Senats der Hansestadt Hamburg. Die Bezirksleitung ÖTV Hamburg war deshalb gezwungen . . . Urabstimmungen durchzuführen, deren Ergebnisse heute noch vorliegen werden."

Auf die Erklärung Sievekings, daß noch Verhandlungsmöglichkeiten beständen, und zwar in Stuttgart, erwiderte die Erklärung:

„Der Hauptvorstand stellt hierzu fest, daß über die Tarife der hamburgischen Gas- und Wasserwerke und der HHA in Stuttgart gar nicht verhandelt werden kann, da diese Betriebe nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und auch nicht der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände sind. Für diese Betriebe und Werke bestehen Haustarife, über die nur in Hamburg verhandelt und entschieden werden kann."

Als die Gewerkschaften für Dienstag, den 3. Aug., den Streik beschlossen, war der Senat offensichtlich über-

rascht. Sofort nach Bekanntgabe des Streiks gegen 13 Uhr meldeten sich Senat und Unternehmer zu Verhandlungen auf 17 Uhr. Sie boten am Montagnachmittag 3 Pfennige bzw. 2 % vom 1. Juni an. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, sie nähmen den Vorschlag zur Kenntnis, könnten aber darüber nicht diskutieren. Abends um 10 Uhr bestellten die Betriebsleitungen die Gewerkschaftsvertreter zu erneuten Verhandlungen. 4 Pfennige und 3 % war ihr letztes Angebot. Um einen Keil in die Front zu treiben, waren sie bereit, verschiedene Zulagen zu gewähren an Fahrer, Weichensteller u. a. Die Fronten hatten sich so versteift, daß diese Versuche nur am Rande beachtet wurden. In dem Streikaufruf der Gewerkschaften hieß es: „Diesen Schritt haben uns die Arbeitgeber und der Hamburger Senat aufgezwungen."

Der Streik wurde von den Arbeitern 100prozentig durchgeführt. Streikposten und Streikleitungen arbeiteten reibungslos. Außer bei den Verkehrsmitteln war am ersten Streiktage weder beim Gas noch beim Wasser etwas zu merken. Gas- und Wasserdruck begannen erst am zweiten und dritten Tag nachzulassen. Aber immerhin reichte es soweit, daß die Bevölkerung Essen und Trinken kochen konnte.

Zahlreiche Betriebe charterten Autobusse, die ihre Belegschaftsmitglieder von den S-Bahnstationen zum Betrieb fuhren. Das geschah mit Zustimmung der Gewerkschaften. Auf den Straßen war ein Gewühl von Fußgängern, Radfahrern und Autos. Die Sympathie der Arbeiter war auf Seiten der Streikenden, obwohl der Senat versucht hatte, die Streikenden für die Entbehrungen verantwortlich zu machen. Die Wut über die Provokationen des Senats war groß und man konnte die Meinung hören, es wäre das beste, zum Rathausmarkt zu ziehen und den Herren Feuer zu machen. Vielfach wurde vom Sympathiestreik gesprochen. Ganz allgemein war die Einstellung: Es ist höchste Zeit, daß die Gewerkschaften was machen. In den Köpfen der Arbeiter begannen Ahnungen vom politischen Streik aufzutauchen. Es fehlte der Aufruf zur Demonstration, um die Arbeiter aufstehen zu lassen und der Forderung ihrer Kollegen den entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

Am zweiten Tage begannen neue Schiedsgerichtsverhandlungen. Sieveking war inzwischen etwas zahmer geworden, die Wut der Bevölkerung war gewachsen und die Gewerkschaften hatten erklärt, daß mit der Ablehnung des Schiedsspruches die alte Gewerkschaftsforderung von 10 Pfg. bzw. 6 % wieder gelte. Am Freitag, dem 6. August, fällte der Schlichter einen neuen — den alten — Schiedsspruch: 5 Pfennige und 3 % Unternehmerseite und Senat nahmen an, die Gewerkschaften lehnten aber ab. Sie mußten ablehnen, da jetzt das allgemeine Urteil der Streikenden war: Diesem Schiedsspruch haben wir zugestimmt — ohne Kampf. Jetzt kämpfen wir — aber nicht für diesen Schiedsspruch.

Auf einer Funktionärversammlung der Hochbahner erklärte Heinemann, die 10 Pfennige müsse man wohl abschreiben, aber für ein Ergebnis dazwischen könnte man sich einsetzen. Nach diesem Schiedsspruch wurde erneut zur Urabstimmung aufgerufen. Entsprechend der Stimmung der Arbeiter empfahlen die Gewerkschaften die Ablehnung: „Die Gewerkschaftsvertreter in der Schiedskammer konnten dem Spruch deshalb ihre Zustimmung nicht geben."

Im ersten Augenblick hatten die bürgerlichen Zeitungen und die SPD-Presse schon aufgeatmet, daß der Streik mit der Annahme der alten Forderung jetzt durch den Senat wohl am Ende sei. Dieser Optimismus verschwand aber, als sich zeigte, daß die Arbeiter nicht bereit waren, dem Schiedsspruch zuzustimmen. So kam die Urabstimmung am 7./8. August heran. Stimmung und Beteiligung waren außerordentlich gut. Das Ergebnis sieht so aus:

Beschäftigte:	12 744.	
Abgestimmt:	11 306	
	10 872	nein (abgelehnt)
	408	ja
	26	ungültig.

Zwischen der Abstimmung und der am 12. August auf Vorschlag der SPD anberaumten Bürgerschaftssitzung versuchte der Senat noch einmal seine Bauernfängerei. Er bot den Streikenden an, sofort für 5 Pfennig und 3 % in die Betriebe zu gehen, dafür würde er einen neuen Schiedsspruch mit einem neuen Schiedsgericht als verbindlich anerkennen, wenn das die ÖTV ebenfalls zusichere. Dieses Angebot wurde von einer Funktionärversammlung einstimmig als Provokation zurückgewiesen. Die Dinge waren auf die Spitze getrieben worden.

Mittwoch, den 11. August, tagte dann die Bürgerschaft. Der Senat versuchte, die Vorgänge für sich ins rechte Licht zu stellen. Die SPD hatte sich die Aufgabe gestellt, eine Brücke zur Beendigung des Streiks zu bauen. Die von beiden Fraktionen eingebrachten Anträge zum Streik wurden vom Aeltestenrat und den Fraktionen zu einem interfraktionellen Antrag umgebaut. Nach einer 2½stündigen Pause trat die Bürgerschaft wieder zusammen und nahm den interfraktionellen Vorschlag einstimmig an: Dieser forderte zur Einsetzung eines Schiedsgerichtes auf mit drei Obleuten, zwei Vertretern der Bürgerschaft, zwei Vertretern der Wirtschaft und je einem der Gewerkschaften und Unternehmer.

Dieses Schiedsgericht fällte am nächsten Morgen einen verbindlichen Schiedsspruch von 7 Pfg. bzw. 4½ % auf die Angestelltengehälter ab 1. August. Rückwirkend ab 1. Mai wird eine Lohnzulage von 35 DM gezahlt.

Damit sind die Forderungen der streikenden Arbeiter zu 70 % erfüllt. Die Streikenden betrachten mit Recht den Ausgang des Lohnkampfes als ihren Sieg, was umso mehr zu beachten ist, als die Gewerkschaft ursprünglich bereit war, 5 Pfg. und 3 % anzunehmen. Nicht nur das, bewiesen wurde, daß die geschlossene Aktion der Arbeiter dem Gegner ihren Willen aufzwingen kann, auch politisch ist die Demütigung des Bürgerblocksenats wichtig. Er wird zweifellos versuchen, durch Tariferhöhungen die Lohnzulage auf die Bevölkerung abzuwälzen, womit er die Streikenden diskreditieren will, die daran „schuld" sein werden. Es kommt darauf an, mit nicht minderer Geschlossenheit hier dem Senat entgegenzutreten und an die garantierten Profite zu erinnern, die natürlich niemals an Tarif- und Preiserhöhungen schuld sind.

Die Streikenden wehren sich

Die Norddeutschen Coks-Werke liefern an die Gaswerke Gas. Sie gehören dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Blumenfeld. Am ersten Streiktag ließ Blumenfeld sein Unternehmen, dessen Zweck die Koksherstellung ist, plötzlich in zwei Schichten arbeiten. Nachdem der von der Gewerkschaften genehmigte Notdienst der HGW gedroht hatte, den Schieber zur Gasleitung ganz zu schließen und so die Gaszufuhr vom Blumenfeldschen Betrieb zu verhindern, bequemte sich Herr Blumenfeld, die zweite Schicht wieder abzustoppen.

Während die Regierungsbehörden allerlei Gestank machen, wenn ein Autobusunternehmer ohne Lizenz Personenverkehr durchführt (Rammelmann), begünstigte der Hamburger Senat ganz offen Autobusunternehmer, die ihre Autobusse auf Straßenbahnlinien fahren ließen. Sie besaßen sogar die Frechheit, die Linienführung und die Nummer der entsprechenden Straßenbahnen zu übernehmen. Schaffner der HHA stiegen an mehreren Stellen in diese Autobusse, zeigten ihre Fahrkarten der HHA und verlangten kostenlos befördert zu werden. Als das abgelehnt wurde, rissen sie Schilder und Nummern ab, forderten mit Erfolg das Publikum auf, die Autobusse nicht zu benutzen und waren beim Erscheinen des herbeigerufenen Peterwagens verschwunden. Ebenso haben sie in verschiedenen Fällen verhindert, daß die streikbrechenden Autobusse die Verkehrsinseln der HHA als Haltestellen benutzten.

Das Diskussionsorgan der SPD

ist unter dem Titel „Die Neue Gesellschaft" erschienen. Wir haben nicht die Absicht, uns mit dem Inhalt der ersten Nummer auseinanderzusetzen, der sich ganz im Rahmen der sonstigen „theoretischen" Produkte des „demokratischen Sozialismus" bewegt. Aber nicht uninteressant ist die Methode der Streiter für Geistesfreiheit und sonstige Tugenden, die im Vorwort der neuen Zeitschrift verkünden:

„Wir haben den Willen, wahr zu sein. Mitarbeiter und Leser sollen sagen können, was sie meinen. Wir wünschen eine offene und aufrichtige Diskussion."

Wie wir hören, wurde der Beitrag Prof. Abendroths zusammengestrichen und verändert. Aus einem Artikel Kurt Hillers soll der Schlußabsatz entfernt worden sein. Ein angekündigter Artikel Gustav Heinemanns ist nicht gebracht worden. So also sieht der „Wille, wahr zu sein" aus. Das kann ja noch schön werden.

Weltpolitische Übersicht

Im Hühnerhof der Weltpresse gackert das Federvieh wichtig. Das Spekulieren über das erwartete Zauberstück von Mendès-France in der Frage der EVG-Verträge und der „Fall John" bringt die geplagten ferienabwesenden Politiker und Zeitungsschreiber um die erhoffte Ruhe in der sommerlichen Sauren-Gurken-Zeit.

Am größten ist das Durcheinander in den USA und in der Bundesrepublik. Der „Fall John" soll mit moralinsauren Redensarten in den Akt eines Verräters verwandelt werden, um von der Personalpolitik abzulenken, die die Adenauer-Regierung unter dem Einfluß der USA betrieben hat und betreibt.

Aber was hat der „Verräter" John verraten? Daß der Staatsapparat der Bundesrepublik von unten bis oben mit ehemaligen Nazis durchsetzt ist und der amerikanische Spitzelapparat Parallelorganisationen unterhält, die gleichfalls mit Nazis besetzt sind. Das ist nur für diejenigen Verrat eines Geheimnisses, die bewußt oder unbewußt die Augen verschlossen haben und verschließen.

Mendès-France hat vom Parlament Vollmacht für ein verwässertes Wirtschaftsprogramm und Notverordnungen bekommen. Die Vollmacht gilt bis Ende März 1955. Seine Tunis- und Marokkopolitik wird am 26. und 27. August vom Parlament überprüft werden. Die Debatte über die EVG-Verträge ist jetzt auf den 28. August angesetzt worden. Wie wir vorausgesagt haben, stößt Mendès-France jetzt auf zunehmende Widerstände.

Die nordafrikanischen Kolonisten und ihr einflußreicher Anhang machen mobil. Die im Destour und Neo-Destour vereinigte tunesische Bourgeoisie ist mit den Vorschlägen von Mendès-France zufrieden. Die Regierung, die mit Frankreich über Einzelheiten der zu bildenden „rein tunesischen Regierung" verhandeln soll, ist gebildet worden. Die Terrorakte seitens der Kolonisten gegen die Tunesier und umgekehrt haben aufgehört. Scheinbar ist in Tunis Beruhigung eingetreten. „Le Monde" schrieb zu den Versprechungen, die Mendès-France den Tunesiern gemacht hat, daß sie nichts enthalten, was nicht schon seit Jahren versprochen worden sei. Neu sei der Glaube, daß Mendès-France im Gegensatz zu den voraufgegangenen Regierungen, die eine Verfassung mit tunesischer Selbstregierung versprochen haben, dies auch durchführen werde.

Nordafrika im Kampf gegen Frankreich

In Marokko hat Mendès-France die Dinge treiben lassen. Die Kämpfe haben sich verschärft. Der von den Arabern ausgerufene Generalstreik ist durchgeführt worden. Die Regierung Mendès-France hat Truppenverstärkungen nach Marokko geschickt, welche brutal den Streik zu brechen versuchen. Die Demonstrationen der Araber für die Rückberufung des vor einem Jahr abgesetzten und nach Madagaskar verbannten Sultans Mohammed Ben Joussef werden blutig unterdrückt. Der in Madrid in Emigration lebende Generalsekretär des „Istiqlal" (marokkanische nationale Kampforganisation) erklärte:

> „Die richtige Losung für Marokko, die das Volk aufgestellt hat, ist die Rückkehr des verbannten Sultans. Zu ihm hat sie Vertrauen. Es handelt sich nicht um den Kampf für eine Person, sondern um die Widerstandsbewegung Marokkos, deren Symbol der Sultan geworden ist."

„Wir kämpfen nicht nur gegen die französischen Kolonisten, sondern auch gegen die Marokkaner, die ihr eigenes Land kolonisieren helfen", erklärte ein unterer Funktionär des Istiqlals. Das richtet sich gegen die „gemäßigten" Nationalisten, die wie der Neo-Destour in Tunis mit der französischen Bourgeoisie paktieren. Sie sind erschrocken über die Gewalt der Massenbewegung, wagen jedoch nicht öffentlich dagegen aufzutreten.

Wie die Unterdrückungsmaßnahmen sich auswirken, schildert der Berichterstatter des „Monde" vom 10. Aug.:

> „Um Mitternacht fanden wir unter den Arkaden des Hofes des Kommissariats von Bab-Ftou einen Haufen armseliger Gefangener: Kinder von 12 Jahren mit blutbefleckten Hemden, düster dreinblickend, stark bewacht von Mokhaznis (einheimische Polizei). Ihre Vernehmung brachte, wie zu erwarten war, nichts Neues. Man hatte offenbar, wie bei allen Unternehmen dieser Art, eine Gruppe kleiner Leute zusammengefangen, die nichts mit dem Generalstab des Istiqlal zu tun hatten . . . Die meisten wurden morgens freigelassen und reihen sich, einmal zuhause, unter die aktiven Demonstranten, mit denen sie vorher nichts gemein hatten."

Im Gegensatz zur Behandlung der Demonstranten für die Rückkehr des verbannten Sultans werden die Berber behandelt, die aus den Bergen auf ihren Pferden und Maultieren nach Fes und Rabat gekommen sind, um für den von den Franzosen eingesetzten neuen Sultan Sidi Mohammed Ben Moulay Arafa zu demonstrieren. Derselbe Berichterstatter von „Le Monde" beschreibt dies wie folgt:

> „Abends kamen die Berber in langen Kolonnen und blickten haßerfüllt und lüstern auf die Stadt. Fes, das seit langem den Terror kennt, hat diesmal Angst. Die traditionelle Angst vor den Stämmen, die sich auf die „Medina" (die Eingeborenenstadt) stürzen, um dort „Ruhe und Ordnung" herzustellen . . .
>
> Gegen 18 Uhr abends sind die Ereignisse von Port-Lyautey bekannt geworden (wo Europäer und Polizisten bei Versuchen getötet worden sind, die geschlossenen Araberläden mit Gewalt zu öffnen), die Empörung erreicht ihren Gipfel. Die Ordnungshüter werden losgelassen. Knüppel in der Hand, stürzen sie sich in die engen Gassen und treiben die Menge vor sich her. Ein Steinhagel überschüttet sie bei der Moschee. Um die Terrassen zu räumen, von denen Ziegelsteine, Pflastersteine und leere Flaschen herunterprasseln, werden Schreckschüsse (?) abgegeben. Die Zahl der Verletzten des Zusammenstoßes kann nicht festgestellt werden."

Das heiße Eisen Marokko hat Mendès-France sich bis jetzt nicht anzufassen getraut. Die französischen Regierungen haben die Berber gegen die nationale Befreiungsbewegung ausgespielt. Unter Führung des Paschas von Marrakesch, El Glaui, wurde der Gegensultan im Vorjahr eingesetzt.

Vor ein paar Wochen wurde auf den Franzosen-Sultan ein Attentat versucht, als er sich in Rabat in die berühmte Moschee zum Gebet begab. Er kann nur im Auto und unter starkem Polizeischutz zur Gebetsverrichtung fahren. Das widerspricht dem mohammedanischen Ritus. Er wird von den nationalistischen Marokkanern nicht anerkannt. Ohne Absetzung des Franzosen-Sultans Ben Arafa gibt es keine Aussöhnung mit den Millionen der National-Marokkaner. Das bedeutet aber Krieg mit den Berbern, über welche der Pascha von Marrakesch verfügt.

Hier hat Mendès-France nicht eine ausgereifte Lage wie nach der militärischen und politischen Niederlage im Indochinakrieg. In Marokko muß der Kampf erst ausgefochten werden, das bedeutet gleichzeitig Kampf mit den einflußreichen Anhängern der französischen Kolonisten in der französischen Armee, im Parlament und im Staatsapparat.

Die Quadratur des EVG-Zirkels

Vorläufig macht Mendès-France die Ratifizierung der EVG durch das Parlament die größte Sorge. Der Versuch mit Anhängern und Gegnern der EVG ein Kompromiß zustande zu bringen, ist gescheitert. Die Anhänger und Gegner der EVG im französischen Parlament halten sich ungefähr die Waage. Das scheint Mendès-France dazu zu verleiten, mit einem Trick die Ratifizierung durchpeitschen zu wollen. Die Zeitungen „Le Monde" und „Combat" geben folgende Abänderungsvorschläge an: Die Laufzeit soll von 50 auf 20 Jahre herabgesetzt werden. Der EVG-Vertrag soll ungültig werden, sobald der Atlantikpakt erlischt, die amerikanischen und britischen Truppen den Kontinent verlassen oder Deutschland wiedervereinigt wird. Die Verschmelzung der Armeen der sechs Vertragsstaaten soll nur die Truppenteile in der vorgeschobenen Zone, d. h. die in Westdeutschland stationierten, umfassen. Beschlüsse des Verteidigungsrates dürfen in den kommenden 8 Jahren nur einstimmig gefaßt werden. Die Einheit der französischen Streitkräfte

soll gewahrt und der französischen Industrie Garantien für Aufträge der EVG gewährt werden.

Wegen dieser Vorschläge von Mendès-France sind bereits drei Minister aus seiner Regierung ausgetreten: der Kriegsminister, Pierre Koenig, der Minister für öffentliche Arbeiten und Verkehr, Jacques Chaban-Delmas, und der Minister für Wiederaufbau, Maurice Lemaire. Es besteht wenig Aussicht, daß der Plan gelingt. Es ist ziemlich sicher, daß die Ratifizierung nur mit einer geringen Mehrheit vom Parlament beschlossen wird, falls eine Annahme erfolgen sollte. Dann muß der Beschluß vom Nationalrat gleichfalls angenommen werden. Im Nationalrat scheint eine Mehrheit der Gegner der EVG vorhanden zu sein. Wenn der Nationalrat den EVG-Vertrag ablehnt, dann kann die Kammer sich über den Beschluß des Nationalrates nur hinwegsetzen, wenn eine Zweidrittelmehrheit die EVG-Verträge ratifiziert. Das scheint unwahrscheinlich. Mendès-France kann sich kaum über die Unwahrscheinlichkeit einer Annahme der abgeänderten EVG-Verträge mit einer entsprechend großen Mehrheit der Kammer täuschen. Was ist dann der Sinn seiner Manöver? Vielleicht will er den Amerikanern nur seinen guten Willen beweisen, um sich ihr Wohlwollen zu bewahren. Andererseits soll er mit den Tricks angeblich die SU unter Druck setzen wollen — entweder freie Wahlen oder französische Ratifizierung der EVG. Bis jetzt liegen keine Anzeichen vor, daß sich die SU von solchen diplomatischen Manövern beeinflussen lassen wird.

Warten wir ab, was bei dem Zauber herauskommen wird. Es wird ein weiterer Beitrag zur richtigen Beurteilung der Rolle der Persönlichkeit einerseits und der objektiven Umstände andererseits werden. Was Mendès-France in Genf gelungen ist, ist nichts anderes als die Liquidierung einer Niederlage. Einer militärischen Niederlage in Indochina und einer politischen Niederlage der französischen Politikanten. Das wird durch die Nachrichten bestätigt, die aus Indochina eintreffen und die Lage nach dem Waffenstillstand schildern.

Sanfter Tod des weißen Indochina

In „Le Monde vom 6. August wird ein vom 31. Juli datierter Bericht des Sonderkorrespondenten Max Clos abgedruckt, der von der Zensur zurückgehalten worden war. Daraus geben wir folgende Auszüge:

„Durch die enorme Anstrengung einer wunderbar organisierten Propaganda des Vietminhs sind massive Desertationen in den Reihen der nationalen Armee und der bei uns dienenden Indochinesen provoziert worden . . . Seit dem Waffenstillstand schickt der Vietminh Gruppen von Frauen und Kindern vor jede Militäreinheit, welche von ihnen zur Desertation aufgefordert werden. Sie werfen sich vor die Lastwagen, flehen oder drohen . . . Ein junger Chauffeur, der den Kopf verloren hatte und fünf Bäuerinnen überfuhr, wurde mitsamt den Soldaten seines Wagens gelyncht . . . Die Franzosen werden jedoch nicht belästigt, sondern sind sogar Gegenstand von Sympathiebezeugungen . . . Jedes Attentat gegen einen Franzosen wird (vom Vietminh) mit der Todesstrafe beantwortet . . .

Der Vietminh hält das ganze Delta mit eiserner Faust. In der Nacht vom 28. zum 29. Juli, 24 Stunden nach Beendigung der Kampfhandlungen, traten plötzlich die Verwaltungsorgane der Vietminhs aus dem Dunkel ans Tageslicht und übernahmen in allen 7000 Ortschaften des Deltas gleichzeitig die Macht. Die Sonne des 29. Juli ging über ein Land auf, das dem neuen Regime völlig ergeben ist. In allen Orten weht die rote Fahne mit dem goldenen Stern. Alles spielt sich ohne Gewalt, ohne Zwischenfälle ab, alles läuft wie eine gut geölte Maschinerie . . .

Das Schauspiel der Feigheit und Unfähigkeit der Zivil- und Militärbehörden des Vietnam war ekelhaft. Die höheren Offiziere verließen ihre Truppen in der Gefahr. Die Zivilfunktionäre verschwinden, als man sie am dringendsten braucht. Entgegen den Anordnungen ihrer Bischöfe verlassen die Priester ihre Gemeinden und stürzen sich auf das erste beste Transportmittel."

Unter der Ueberschrift „Die Regierung Diem ist ohnmächtig und die nationalistischen Sekten schließen einen Staatsstreich nicht aus, um ein starkes Regime an seinen Platz zu stellen", wird ein anderer Bericht von Clos in „Le Monde" vom 10. August abgedruckt, der über die Lage in Süd-Vietnam Aufschluß gibt. Auch dieser Bericht wurde von der Zensur nicht durchgelassen. Er ist vom 2. August und aus Saigon datiert. Er beginnt:

„2 bis 3000 Personen manifestierten am Sonntag, dem 1. August, in den Straßen von Saigon hinter Vietminh- und französischen Fahnen. Sie tragen Spruchbänder mit den Losungen: „Es lebe der Friede! Es lebe die Einheit! Es lebe Frankreich!" Aehnliche Demonstrationen haben in Hué, in Dong-Hoi, in Tourane und anderen Städten Cochinchinas stattgefunden. Es sind keine zufälligen Zwischenfälle. Wir wohnen gegenwärtig **der friedlichen Machtübernahme des Vietminhs im neuen Südstaat bei, von dem erwartet worden war, eine Bastion des Antikommunismus in Indochina zu werden.**

Genau wie in Tonking erscheinen 24 Stunden nach der Feuereinstellung die Funktionäre des Vietminhs in den Orten der Südzone und errichten ihre neue Verwaltung parallel zu der Bao Dais . . .

Die Propagandisten halten überall Versammlungen ab und fordern die Vereinigung des Landes ohne langen Aufschub . . . Die Desertationen aus der Vietnam-Armee nehmen in Cochinchina und Annam an Umfang zu wie in Tonking. Der sowieso unwirksame Staatsapparat bricht rasch zusammen . . . Im Namen des Volkes von Vietnam wird bald die Vereinigung des Landes gefordert werden, ohne die Wahlen abzuwarten, die 1955 durchgeführt werden sollen."

Der Scherbenhaufen der Politik der Stärke

Die Sorgen der amerikanischen Imperialisten sind groß. Der Südostpakt SEATO, den die Eisenhower-Dulles errichten möchten, hat wenig Aussicht. Der Versuch der Briten, den Beitritt der sogenannten Colombo-Länder Indien, Ceylon, Indonesien, Burma zu erlangen, ist gescheitert. Nur Pakistan, das bereits durch den Pakt mit der Türkei der amerikanischen Stützpunktpolitik im Nahen Osten eingegliedert ist, hat sich bereit erklärt, an der im September geplanten Gründungskonferenz auf den Philippinen teilzunehmen. Von asiatischen Ländern sind nur Südkorea, Tschiang-Kai-Schek-Formosa, Thailand und die Philippinen beteiligt. Das genügt nicht, um den imperialistischen Charakter des Südostpaktes zu verschleiern. Auch nicht, genügendes asiatisches Kanonenfutter für den amerikanischen Krieg zur Eroberung Chinas und Vietminhs auszurüsten. Diese Tatsache ist Ursache der Zurückhaltung Großbritanniens und Frankreichs. Australien und Neuseeland wollen mitmachen für den Fall, daß sie von „den Roten" oder von Japanern angegriffen werden. Für einen Angriffs-Krieg der Amerikaner werden auch Australien und Neuseeland wenig übrig haben. Die asiatischen Interessen der Großmächte sind noch weniger unter einen Hut zu bringen als ihre europäischen. Damit müssen sich die amerikanischen Imperialisten abfinden.

Ganz gleich wie die Abstimmung über die EVG in Frankreich ausgehen mag, die Angriffskraft der amerikanischen Hilfstruppen mit oder ohne EVG, mit oder ohne deutsche Divisionen wird kaum so stark sein, daß die USA den dritten Weltkrieg mit Aussicht auf Sieg beginnen können. Die Machtverhältnisse haben sich zuungunsten des USA-Imperialismus entwickelt und entwickeln sich weiter in derselben Richtung. Das ist der Hintergrund für das Geschrei nach dem Präventivkrieg der Chinaclique in den USA, Syngman Rhees und anderer Möchtegernkrieger.

Es ist auch der Grund für die Ablehnung des Präventivkrieges durch Eisenhower und Militärs wie Ridgway, die die Kräfteverhältnisse einzuschätzen vermögen. Die USA-Regierung der Millionäre, politisch-geistig minderbemittelt wie sie ist, glaubte, sich Soldaten für ihre Kriege kaufen und durch Verträge nicht nur Regierungen, sondern ganze Völker binden zu können. Sie steht vor den Scherbenhaufen ihrer Politik.

Churchill, der Initiator der Truman-Politik der Weltfeuerwehr gegen den Kommunismus, die er in seiner Fultonrede 1947 aus der Taufe hob, hat den Zusammenbruch dieser Politik begriffen. Er versucht Großbritannien aus diesem gefährlichen Geschäft zu lösen. Deshalb der Rückzug auf die Politik der „Koexistenz". Diese ist — wie wir wiederholt gesagt haben — zwischen den beiden Weltmachtblöcken der USA und der SU möglich, wenn der zum Sozialismus sich entwickelnde Block stärker, der imperialistische schwächer ist. Koexistenz ist

aber nicht im Klassenkampf zwischen Proletariat und Kapitalisten möglich. Dieser Kampf könnte aber ohne Weltkrieg siegreich für die Arbeiterklasse ausgefochten werden. Dieser Tatsache liegt die Friedenspolitik des SU-Blocks zugrunde.

Die großmäulig angekündigte Zurückwerfung der SU und Rotchinas hat zum Gegenteil geführt — die USA müssen sich mit dem Sieg des Vietminhs abfinden. Die Siege der amerikanischen Imperialisten in Guatemala, die Unterzeichnung des Balkanpaktes durch Tito, sind kein Aequivalent für das Scheitern der Gesamtstrategie.

Der amerikanische Senat hat kurz vor den Ferien die Kommunistische Partei der USA verboten. Wenn Lächerlichkeit tödlich wäre, gäbe es jetzt ein Massengrab für Senatoren. Was an wirklichen Kommunisten in den USA lebt, wird durch die Illegalität die Eigenschaften erwerben, die eine kommunistische Partei benötigt und die der KPdUSA bisher fehlten. Ein amerikanischer Arbeiter, der unter den vorhandenen Machtverhältnissen mit dem Gedanken spielte, die amerikanische Regierung mit Gewalt zu stürzen, wäre kein Kommunist, sondern ein Irrsinniger. Glaubt jemand in den USA an den gewaltsamen Umsturz durch die KPdUSA? Die Senatoren sollten sich im Urlaub einer Kaltwasserkur unterziehen, damit sie nicht gefährlichere Dummheiten machen, wenn sie wieder amten.

Der Berliner Parteitag der SPD - I

Um die Remilitarisierung

„Aufgabe mit imaginären Größen: Eine sozialdemokratische Partei hat in acht Jahren 0 Erfolge. In wieviel Jahren merkt sie, daß ihre Taktik verfehlt ist?"
Kurt Tucholsky 1929
in „Deutschland, Deutschland über alles".

Der Parteivorstand der SPD berief den 6. Parteitag seit 1945 nach Berlin ein. Er gab damit dem Druck der von ihm überschätzten Liquidatoren in der SPD nach. Diese erwarteten, daß die hysterische antibolschewistische Atmosphäre in Berlin die Debatten und Entscheidungen des Parteitages im Sinn einer gesteigerten „Wehrbereitschaft" und einer erklärt antimarxistischen „Umorientierung und Erneuerung" beeinflussen würde.

Bereits der Verlauf der Sitzung der SPD-Fraktion der Bundesversammlung, die in Berlin zur Wiederwahl von Heuß zum Bundespräsidenten zusammentrat, mußte die um Brauer, Kaisen, Erler, C. Schmid und Brandt gescharten „Erneuerer" enttäuschen. In dieser Sitzung verlangte eine Anzahl von Fraktionsmitgliedern die Nominierung eines eigenen Kandidaten. Erst durch eine Kampfabstimmung gelang es, die Fraktion auf die Wiederwahl von Heuß und den Verzicht eines eigenen Kandidaten und der Stimmenthaltung zu verpflichten. Trotz Fraktionszwanges enthielten sich bei der Wahl mehr als 60 Sozialdemokraten der Stimme.

Die zeitliche Nähe von vier Ereignissen kompensierte den ungünstigen Einfluß des Berliner politischen Klimas:

1. die von der USA-Regierung geförderte Aggression der United-Fruit-Company gegen die Reformregierung Arbenz;
2. der Verlauf der Genfer Konferenz, auf der Volkschina als diplomatische Großmacht debutierte und Molotow im Verein mit Eden und Mendès-France die amerikanische Delegation isolierte;
3. die Bildung einer rein bürgerlichen, rechtsorientierten Regierung Arnold-Middelhauve in Nordrhein-Westfalen, ungeachtet der bis an die Kapitulation vor allen bürgerlichen Forderungen grenzenden Konzessionsbereitschaft der SPD, die um jeden Preis an der „Regierungsverantwortung" teilhaben wollte;
4. schließlich das Hereinplatzen der Nachricht vom Uebertritt Johns in die DDR, wobei die Mehrzahl der Delegierten teils unbewußt, teils bewußt verspürten, daß der Renazifizierungsprozeß in der Bundesrepublik in ein neues, höheres Stadium tritt.

Die Kündigung von Tarifverträgen beeinflußte den Parteitag noch nicht, da, vom Schreinerstreik in Hessen abgesehen, in der Konferenzzeit vom 20. Juli bis 24. Juli keine Arbeitskämpfe ausgetragen wurden.

Die Tagungsstätte — die Messehalle am Funkturm —, wurde beinahe unverändert von der Bundesversammlung übernommen. Als Schmuck prunkten links und rechts der tribünenartig aufgebauten Präsidiumspodien je ein Fahnenbündel, in denen die Zahl der roten Banner die der schwarzrotgoldenen überwog, gleichsam als zögernde, vorsichtige Absage an die Symbolrevisionisten. Transparente, die Losungen verkünden, fehlten.

Die Organisation — Druck der Vorlagen, Anträge, Protokolle, Mitteilungen an die Delegierten, Presse und Gäste — funktionierte mustergültig. Lediglich die miserable Akustik des Saales machte viele Redner unverständlich. Als zugkräftige ausländische Gäste konnten dem Parteitag Attlee, Erlander, der SP-Schweiz-Vorsitzende Bringolf, der Sekretär der Sozialistischen Internationale Julius Braunthal präsentiert werden. Am Vorabend des Parteitages hielt Braunthal vor Jungsozialisten und dem MAK-Berlin (Marxistischer Arbeitskreis) ein Referat, in dem er sich demonstrativ zum Marxismus der Wiener Richtung bekannte, ohne daraus allerdings irgendeine Schlußfolgerung für die politische Praxis der von ihm verwalteten Internationale zu ziehen. Aus Frankreich erschien der SFIO-Delegierte Gazier, ein „guter Europäer" und EVG-Jasager. Ein Saragat-Sozialist vertrat die Arbeiterklasse Italiens sehr unvollständig, ebenso unvollständig wie die rechtssozialistischen Sekretäre aus Birma, Indien und Japan das asiatische Proletariat. Die linkssozialistischen Flügel bzw. Parteien Europas und Asiens entsandten keine Vertreter, vermutlich verschickte der SPD-Parteivorstand keine Einladungen an sie.

Das Ollenhauer-Referat

Nachdem ein ganzer Tag nichtssagenden Eröffnungs- und Begrüßungsreden geopfert wurde, entledigte sich Erich Ollenhauer gemäß Punkt 2 der Tagesordnung mehr schlecht als recht seines politischen Referates „Die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas". Die Ausgangsthese bestand in der nicht einmal richtigen Banalität: „Mit Mitteln des Krieges ist kein Problem der internationalen Politik zu lösen (Beifall)". Er forderte die allgemeine Abrüstung, nicht aber das ausdrückliche Verbot der Verwendung der Atomenergie zu Kriegszwecken. Wie soll die allgemeine Abrüstung realisiert werden?

> „Die Abrüstung muß in ein Organisationsgebilde der internationalen Staatenwelt (?) hineingestellt werden, und sie muß in Zusammenhang gebracht werden mit einem anerkannten ‚Schiedsgerichtsverfahren'".

Da sich der sozialdemokratische Wunderglaube an die Wirksamkeit völkerrechtlicher Institutionen noch nie in der politischen Wirklichkeit bewährt hat, muß das eine Ursache haben. Natürlich: Ungeachtet aller Bemühungen der UN und der Vorschläge Präsident Eisenhowers hat die Sowjetunion „ihre Zustimmung zu einer effektiven internationalen Kontrolle bis jetzt verweigert." Immerhin erkennt Ollenhauer: „... diese Bewegung (für den Frieden und allgemeine Abrüstung) muß international sein, und sie muß vor allem in stärkster Weise von der Arbeiterbewegung vorangetragen werden." (Starker Beifall.)

Zum Problem der Kolonialrevolutionen stellte er fest: „Die Zeit des Kolonialismus und des Feudalismus ist aber auch in Asien vorbei." Er distanzierte sich von der „in maßgebenden Kreisen der Bundesrepublik beliebten Einstufung der indischen Politik unter Führung des Ministerpräsidenten Pandit Nehru in die Gruppe der Neutralisten oder gar der moskauhörigen Politiker" (Starker Beifall), konnte sich aber zu keiner Stellungnahme zu Volkschina und der Demokratischen Republik Vietnam (Vietminh) durchringen. Während eine Verunglimpfung

der Politik Nehrus „entweder von Unwissenheit oder von arroganter Ueberheblichkeit zeugt", können die für den europäischen Sozialismus auch wesentlichen Probleme der chinesischen und indochinesischen Revolution und ihrer Konsolidierung ignoriert werden.

Der Anregung der Sowjetregierung, erneut über die deutsche Frage zu verhandeln, steht Ollenhauer positiv gegenüber. „Es gibt keine stichhaltigen Gründe, neue Verhandlungen zu verweigern." Was allerdings für die westdeutsche und amerikanische Regierung nicht gilt:

„Wir bedauern, daß die amerikanische Außenpolitik keinen Raum für konkrete Anstrengungen um die Lösung der deutschen Frage hat. Diese Meinungsverschiedenheiten sind für uns Sozialdemokraten besonders schmerzlich." Denn:

„Wir fühlen uns frei von dem billigen Anti-Amerikanismus, der heute für manche Leute schon zum guten Ton gehört."

Ollenhauer stößt dann zum zentralen Verhandlungsgegenstand des Parteitages vor: Die Haltung der SPD zur westdeutschen Remilitarisierung, von Ollenhauer, den anderen PV-Mitgliedern und einem großen Teil der Delegierten „militärischer Beitrag" respektive „Verteidigungsbeitrag" genannt. Zu nichts verpflichtet, nach der im deutschen Bundestag bereits erfolgten Ratifizierung, die leere Pose:

„Die Sozialdemokratie bleibt bei ihrer Ablehnung der EVG."

Jedoch:

„Das bedeutet keine grundsätzliche Ablehnung der Verteidigung eines demokratischen Staates überhaupt."

(Nur ein Sozialdemokrat, der seine Mitgliedschaft riskierte, äußerte vernehmbar seine Zweifel am demokratischen Charakter der Bundesrepublik.) Ollenhauer rechtfertigte sich:

„Mit dieser Feststellung bleiben wir auf der Linie, die die Sozialdemokratische Partei in ihrer langen Geschichte immer wieder vertreten hat."

Abgesehen davon, daß damit die politische und historische Bewährung der „Linie" unbewiesen bleibt, ist diese Feststellung sachlich verkehrt. Für die Sozialdemokratie von vor 1914 galt Punkt 3 des Erfurter Programms von 1891: Erziehung zur Wehrhaftigkeit, Volksheer an Stelle des stehenden Heeres usf. nur im Zusammenhang mit den in der Präambel niedergelegten Grundsätzen, die keine „Verteidigung eines demokratischen Staates", sondern u.a. die Verwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum vorsahen. Dem bestehenden gesellschaftlichen System gönnte Bebel „keinen Mann und keinen Groschen."

Für die SPD nach 1945 besaß bis zum Zeitpunkt dieses Ollenhauer-Referates noch ein Beschluß des Hamburger Parteitages vom 23. Mai 1950 formale Gültigkeit.

„Der Parteitag bestätigt und bekräftigt den Entschluß des Parteivorstandes, sich **jeder** Remilitarisierung **Deutschlands** mit **allen Mitteln** zu widersetzen. Die SPD lehnt eine Aufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab." (Jahrbuch der SPD 1950/51, S. 238).

Ollenhauer meinte: Für den Fall

„einer verhängnisvollen Verschlechterung der Weltsituation, verbunden mit ernsten Gefahren für uns alle, vor allem für das Schicksal unserer Stadt Berlin ... können wir uns der Mitarbeit an einer Verteidigung des freien Teils von Deutschland nicht entziehen."

Die Westberlin drohenden „Gefahren" werden schwerlich durch die sozialdemokratische Wehrbereitschaft gebannt. Es ist überflüssig zu erwähnen, daß Ollenhauer „die demokratische Gestaltung und die demokratische Kontrolle irgendeiner militärischen Organisation" verlangte. Läßt sich über die Möglichkeit einer demokratischen Kontrolle des Militärs streiten, so nicht über seine „demokratische Gestaltung", es sei denn, man akzeptiert nach einer sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft das System der politischen Kommissare. Ollenhauer verlor nicht viele Worte über die Taktik und Strategie der SPD, diese Umwälzung der Gesellschaft voranzutreiben. Die Erörterung der deutschen Wirtschafts- und Innenpolitik nahm nur wenig Platz seines Referates in Anspruch.

Der „Widerspruch zwischen der Verkündung der Grundprinzipien und der täglichen Praxis der hartnäckigen Behauptung von ... Positionen der alten Herrschaftsgruppen des kapitalistischen und imperialistischen Zeitalters",

den er in der „sinnfälligsten Form in der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung" verwirklicht sieht, zwang ihn zur resignierenden Einsicht:

„Die Restauration, nicht der Neubau der Wirtschaft ist gelungen",

womit er die SPD-Politik, also seine eigene Politik, nach 1945 unfreiwillig gerecht zensierte. „Das klassische Beispiel ist die Regierungsbildung im Lande Nordrhein-Westfalen." Statt der „logischen Konsequenz des Wahlerfolges der Sozialdemokratie, ... eine maßgebende Beteiligung der SPD an der Landesregierung" gab es den, vom Klassenstandpunkt aus, logischen bürgerlichen Fußtritt. Was nutzt da das Lamentieren darüber,

„daß das soziale Gewissen des linken Flügels der CDU verstummt und daß die Freiheitsgesänge der Liberalen gegen den Klerikalismus wahrscheinlich nur noch in Morgenandachten gemurmelt werden."

Wie gerne ließe die SPD um den Preis einiger Ministerportefeuilles das eigene „soziale Gewissen verstummen", nachdem sie dem Klerikalismus in der Kultur- und Schulpolitik längst das Feld geräumt hat! Ollenhauer unterstützte die Thesen der „expansiven Lohnpolitik". Der Lebensstandard des deutschen Arbeiters müsse dem der anderen europäischen Länder angepaßt werden, auch als eine Voraussetzung dafür,

„daß für die deutschen arbeitenden Menschen ein deutscher Verteidigungsbeitrag überhaupt sinnvoll und vertretbar erscheint."

Das jüngste Pfingsttreffen der FDJ in Berlin gab Ollenhauer zu denken:

„Diese jungen Menschen waren nicht mehr beeindruckt durch die vollen Läden und durch die belegten Brote ..., denn sie brauchten in Ostberlin nicht zu hungern. Aber sie stellten Fragen ..., ob etwa die Wiedervereinigung Deutschlands einfach den Anschluß der Zone an die Bundesrepublik bedeute, ob es sich etwa nur um eine einfache Uebertragung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik auf die Zone handeln werde."

Dies zwang zur Versicherung:

„Die Rückgabe etwa des agrarischen Großbesitzes oder die Rückgabe der Schlüsselindustrie an ihre früheren Besitzer kann nach sozialdemokratischer Auffassung nicht zur Debatte stehen. (Bravo! und Beifall.)"

Die Proleten der Zone sollten sich hierbei besser auf sich selbst als auf Ollenhauer verlassen, denn der Beifall der Delegierten war noch nicht verrauscht, da machte er seinen Kotau vor dem Bürgertum und dessen Naturrecht auf Privateigentum:

„Dabei sollte die Notwendigkeit einer Entschädigung der früheren Besitzer unbestritten sein."

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik — „ein Naturschutzpark der freien kapitalistischen Wirtschaft" —, gehört auch nach Ollenhauers Auffassung der Vergangenheit an. Zu ihrer Ablösung ist aber offenbar kein Kampf notwendig, da sie „eine Folge der technischen Entwicklung" ist. EZU, Marshallplan, Verstaatlichung in England, Entwicklung der Atomenergie unter Aegide der öffentlichen Hand in den USA dienten Ollenhauer als Beweis für die Richtigkeit der von der SPD noch immer gehuldigten Theorie der automatischen Entwicklung zum Sozialismus. Anders als gegenüber der Bourgeoisie beharrt die SPD auf einer „kompromißlosen Kampfsituation gegenüber dem Kommunismus."

Die auftretenden Strömungen

Zum Punkt 2 der Tagesordnung wurden über 120 Anträge eingebracht. Soweit sie sich mit der Remilitarisierung befaßten, sprachen sie sich im Verhältnis 4:1 gegen jede Aufrüstung aus, solange Deutschland geteilt ist. Einige Anträge forderten Verbot der Atomwaffen, positive Erklärungen des Parteitages zu den asiatischen Revolutionen usf. Die Mehrzahl der Anträge sollten durch

Antrag 107 (Resolutionsentwurf des Parteivorstandes), die Grundsätze des Ollenhauer-Referats und die „Bedingungen" für eine positive sozialdemokratische Wehrbereitschaft enthielt, erledigt werden.

Der Delegierte Max Kunze, Betriebsrat aus Hannover, erregte sich:

„Wohin kämen wir, wenn überwiegende Anträge, wie die aus Mannheim, Göttingen, Hannover, Hessen, Marburg einfach hinterher in einem kleinen Konventikel ausgelöscht werden können und dann erledigt sind? ... Wir sollten uns gegen diese Methode verwahren."

Die Diskussion über das Ollenhauer-Referat und die Anträge war sehr lebhaft und konzentrierte sich beinahe ausschließlich auf das Remilitarisierungsproblem. Drei etwa gleich starke Tendenzen wurden dabei sichtbar:

Eine Gruppe von Sprechern lehnte aus **pazifistischen Motiven jede Remilitarisierung Deutschlands** ab. Für sie waren Wenzel und Prof. Baade repräsentativ.

Eine andere Gruppe lehnte aus **anderen Gründen** eine Remilitarisierung des gespaltenen Deutschlands ab. Ihre wichtigsten Vertreter waren Birkelbach, Kühn (wider Willen gezwungen von seinem Unterbezirk), Blachstein und Kunze.

Die dritte Gruppe vereinte die **Aufrüstungsbejaher** und war unterteilt. Einmal in die Parteivorstandsmitglieder Ollenhauer, Wehner, den MdBs Arndt, C. Schmid, die eine Aufrüstung **im Rahmen der sozialdemokratischen Voraussetzungen** wünschen, dann in

Brauer, Brandt, Erler, die **um jeden Preis** und möglichst schnell deutsches Militär ersehnen (amerikanische Fraktion).

Soweit es der Diskussionsverlauf erkennen ließ, majorisierten die Remilitarisierungsgegner deutlich die vorstandstreuen Delegierten und die Anhänger der „amerikanischen Fraktion". Das löste hinter den Kulissen eine emsige Betriebsamkeit zur Rettung der Vorstandsresolution aus. Die Remilitarisierungsgegner stellen auf Zureden einen gemeinsamen Abänderungsantrag, der an Stelle der „Bedingungen" den Satz enthielt,

„aus diesen Gründen lehnt die SPD jede Wiederaufrüstung der Bundesrepublik ab."

Da dieser Passus schlecht in den Zusammenhang des anderen Textes paßte, ließen sich die Antragsteller in eine schwierige Situation hineinmanövrieren. Der Parteivorstand, unterstützt von E. Schoettle, der den Parteitag weniger präsidierte als ihn bevormundete, provozierte geradezu die Abstimmung des Antrages in dieser Form, der Ablehnung sicher, um dann das Votum des Parteitages als Zustimmung zur Aufrüstung auszuschlachten. Das geschah prompt, nur die Pazifisten und einige andere stimmten dem Antrag 113 zu, etwa ein Drittel der abstimmenden 360 Delegierten. Eine Kommission wurde gebildet, die nach der Aufzählung der an eine sozialdemokratische Zustimmung zum „Wehrbeitrag" geknüpften Bedingungen:

Fortsetzung der Bemühungen um Deutschlands Einheit;

Anstreben eines europäischen Sicherheitssystems;

Verträge, durch die sich die Bundsrepublik zu militärischen Leistungen verpflichtet, sollen, falls sie die Wiedervereinigung behindern, kündbar sein und dürfen die Regierung des wiedervereinigten Deutschlands nicht binden;

Gleichberechtigung (gleiches Risiko, gleiche Chance);

Demokratisch-parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte;

den Absatz in die Resolution einbaute:

„ob dieser Fall (daß wirksame Vereinbarungen zwischen östlicher und westlicher Welt nicht zu erzielen sind und also aufgerüstet werden muß) vorliegt, stellt ein Parteitag fest." (Zuruf von Viktor Renner: „Praktisch unmöglich").

In dieser Form wurde der Antrag, der die endgültige Entscheidung einem zukünftigen Parteitag zuschiebt, mit etwa 250 gegen ca. 100 Stimmen angenommen.

(Fortsetzung folgt)

Leserbriefe:

Aus den Strafanstalten der Ostzone

„Die Verhältnisse in Bautzen sind äußerst ungünstig und Interesse an Erleichterungen für die Häftlinge ist nicht vorhanden, die Umstände lassen dies auch nicht zu. Ein großer Teil ist in Sälen von 300 bis 400 Mann untergebracht. In diesen Sälen stehen lange Holzpritschen von 30 m Länge, dazwischen kommt erst immer ein Gang. Auf den Pritschen liegen Strohsäcke, die die Breite von 50 bis 54 cm nicht überschreiten dürfen, so daß jeder Häftling nur einen halben Meter für sich als Lagerraum benutzen kann. Diese Schlafmöglichkeiten sind sehr ungünstig. Dazu kommt viel Unruhe und alle möglichen Geräusche in der Nachtzeit.

Die Pritschen sind in zwei Etagen aufgestellt. Die Insassen der großen Säle können die Toiletten benutzen, während in den Zellen, die mit 4 bis 6 Mann belegt sind, gekübelt wird und die Lagerpritschen dreifach übereinander stehen. Trotzdem die Einzelzellen, auch 1- und 2-Mann-Zellen, im allgemeinen als strafverschärfend gelten, werden sie von vielen als Gemeinschaft von 4 und 6 Häftlingen den Sälen vorgezogen.

Nach dem 17. Juni wurden ungefähr 60 Mann neu eingeliefert. Diese werden isoliert gehalten, sie tragen auf dem Rücken, auf jedem Aermel und an jedem Hosenbein ein gelbes Kreuz. Sie wurden alle in Einzelhaft untergebracht. Der Arbeitsentzug ist eine sehr schwere Strafe, die nicht jeder längere Zeit verträgt. Kein Häftling darf Bleistift, Papier oder ähnliches haben. Schreibpapier wird nur dem ausgehändigt, der schreiben darf. Fotos von Angehörigen dürfen nur alle drei Monate für 24 Stunden von der Lagerverwaltung ausgeliehen werden. Das gleiche trifft auch für Briefe zu, die die Häftlinge von Zeit zu Zeit wieder mal lesen wollen. In der Freizeit dürfen Schach und andere Spiele gespielt werden. Manche Häftlinge bilden sich in Sprachen aus. Der Unterricht wird von Mitgefangenen erteilt. Auch dabei dürfen keine schriftlichen Notizen gemacht werden.

Vertreten sind alle möglichen Berufe. Ehemalige Nazis, Staatsfunktionäre aus dem Dritten Reich und der DDR, viele alte Kommunisten, Jugendliche und viele, die auf Grund einer Denunziation unschuldig sitzen. Es gibt Fälle, wo Leute, die keine Nazis waren, 1945 von Nazis als Nazis bezeichnet wurden, nur aus Angst, daß sie von Nichtnazis selbst denunziert würden. Die Russen haben diese Leute damals ohne jegliche Nachprüfung verhaftet, und trotz aller Eingaben bei Pieck, Ulbricht, Semjonow, Dibelius und anderen erfolgt keine Freilassung und keine Nachprüfung . . .

Im Lager Burg Hoheneck bei Stolberg im Erzgebirge befanden sich 1700 Häftlinge, alles Frauen. In den Schlafsälen waren 130—150 Frauen untergebracht. Ein anderer Teil in Zellen zu drei Personen. Die Verpflegung war einigermaßen ausreichend. Für die politischen Häftlinge bestand kein Arbeitszwang, jedoch alle meldeten sich fast restlos zur Arbeit gegen Bezahlung. Von dem Geld konnte ein Teil am Verkaufsstand der HO verbraucht werden, der Rest kam auf ein Sperrkonto.

Gearbeitet wurde in Tischlerwerkstätten und Schneidereien, Schlosserei, bei Land- oder Bauarbeit. Gefertigt wurde Arbeitskleidung und Handschuhe und anderes für die Wismut AG-Betriebe. Die bei den Erweiterungsbauten eingesetzten Bauarbeiter und Aktivisten, zum Teil aus der Stalin-Allee, standen in einem guten Verhältnis mit den eingesetzten Häftlingen und informierten sie über die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und Vorgänge.

Die Arbeiter der Wismut AG aus den umliegenden Orten sammelten zu Weihnachten 1953 Geldbeträge und setzten es durch, daß den Häftlingen Weihnachtsstollen und andere Spenden zugeteilt wurden. Gleichfalls standen die Bewachungsmannschaften, männliche und weibliche, in einem guten Verhältnis zu den Häftlingen. Es kam wiederholt vor, daß weibliche Vopos Häftlinge über verschiedene Dinge informierten und später selbst verhaftet wurden. In den Lokalen der umliegenden Ortschaften wurden die Vopos von den Arbeitern immer wieder gewarnt, die Häftlinge nicht schlecht zu behandeln.

Die Gottesdienste beider Konfessionen wurden von bewaffneten Vopos überwacht. Die „Tägliche Rundschau" und illustrierte Zeitungen der DDR bekamen die Häft-

linge zu lesen und haben sehr viel zwischen den Zeilen herausgelesen.

Ueber den 17. Juli waren die Häftlinge sehr schnell informiert und traten dann drei Tage in den Hungerstreik, um die Freiheit zu erzwingen. Die Rädelsführer wurden sofort herausgeholt und in andere Zuchthäuser verfrachtet. Alle verfügbaren Einzelzellen wurden sofort belegt. Ein großer Teil aller Häftlinge ist anfangs über das SSD-Gefängnis in Potsdam gegangen. Die langen Verhöre sind schlimm und viele werden schnell schwach und geben alles Verlangte widerstandslos zu. Die Tribunale machen nicht allzu viel Federlesen und Strafen von 25 Jahren Zwangsarbeit wurden in wenigen Minuten gefällt. Die Urteile stehen in keinem Vergleich zu den europäischen Verhältnissen . . . .

Es ist eine Tatsache, daß bei all den Maßnahmen nur ein ganz geringer Teil von wirklichen Klassenfeinden getroffen wird. Tatsächliche und konstruierte geringfügige Vergehen gegen die Staatsordnung der DDR werden mit hohen Strafen geahndet, eine Verwarnung würde in den meisten Fällen ausreichend sein. Es ist unvorstellbar, welch umfangreiche Kreise der Bevölkerung in jedem Einzelfall dadurch zu wirklichen Gegnern der DDR, ihrer politischen Führung und dem Kommunismus überhaupt werden. Man könnte manchmal glauben, daß bewußte Schädlingsarbeit von höchsten Stellen geleistet wird."

30. 6. 54.

Lohnbewegung an der Ruhr

„Nach den Lohnbewegungen in Württemberg-Baden, Berlin und Bayern kommt jetzt Nordrhein-Westfalen an die Reihe. Es handelt sich um das größte westdeutsche Tarifgebiet, soweit die Metallindustrie in Frage kommt. 750 000 Arbeiter und Angestellte sind davon betroffen.

Die erste Möglichkeit, den z. Zt. noch geltenden Tarif zu kündigen, ließen die christlich-reformistischen Strategen sang- und klanglos vorbeigehen. Trotz der gewaltig radikalen Reden, vorgetragen von Hans Brümmer, geschah nichts. Nur elf Monate gebrauchten diese Arbeiterführer, um endlich, vom Druck aus den Betrieben gezwungen, zur Kündigung zu schreiten.

Am 22. Juli 1954 tagte die große Tarifkommission. Einmütig sprachen sich die Kollegen zum Schrecken der vier Bezirksleiter für die Kündigung aus. Aus ihren Reden sprach die ganze Unzufriedenheit der in der Metallindustrie Beschäftigten. Aber die Bezirksleiter ließen alle Minen springen, um die gestellte Forderung in Höhe von 20 Pfg. pro Stunde und 40 DM auf die Effektiv-Löhne und -Gehälter zu Fall zu bringen. Interessant war, daß die Kollegen der Verhandlungskommission aus den Betrieben dem Viergestirn zu Hilfe eilten. Mit Redensarten, die nur so von radikalem Gewäsch trieften, blieb es bei 10 bis 12 Pfg. und 8 % für die Angestellten. Nichts von Aufschlag auf die Ist-Löhne und -Gehälter.

Das Gerede von Forderungen, die auch zu erreichen wären, zeigt die ganze Weltfremdheit dieser Verhandlungspartner. Als ob die Unternehmer vor solchen Phrasen zurückschreckten. Das mußten sie nunmehr bei der am 29. Juli 1954 in Schwelm stattgefundenen Verhandlung erleben. Die Unternehmer boten ganze 5 Pfg. für den Facharbeiter und 3,5 Pfg. für den Hilfsarbeiter an. Jetzt jammert man über die „Verständnislosigkeit" des „Sozialpartners".

Es wäre jetzt notwendig, alles daran zu setzen, die Kollegen im Betrieb zu mobilisieren. Aber weit gefehlt. Friedhofsruhe herrscht auf und in allen Gebieten. Ob es der Verhandlungskommission die Sprache verschlagen hat, über ein solch horrendes welterschütterndes Unternehmerangebot? Die Kollegen in den Betrieben haben alle Ursache sich zu rühren, sonst wird es in Nordrhein-Westfalen zu keiner oder zu einer zu geringen Lohnerhöhung kommen."

31. 7. 54.

Hannover:

Der Flaggenstreit beendet

Der niedersächsische Flaggenstreit, den die SPD-Minister in Hannover entfesselt haben, ist beendet. Monatelang sind Kraft und Papier vergeudet worden, um eine Bagatelle zu einer großen Staatsaktion aufzubauschen, die von den breiten Massen nicht verstanden wurde.

Bekanntlich hat der Landtagspräsident, der der SPD angehört, sich angemaßt, auf seinem Auto die Flagge seines Parteigenossen Kopf anzubringen. Das veranlaßte den Ministerpräsidenten Kopf, gegen die unberechtigte Flaggenführung seines Parteigenossen Protest zu erheben. Wie konnte sich auch ein Landtagspräsident anmaßen, sich mit seinem Parteigenossen Kopf auf eine Stufe zu stellen? Es gab einen heftigen Krach zwischen der Regierung und dem Landtagsbüro, wobei Gutachten angefordert, Sachverständige gehört, und die Partei in Bewegung gesetzt wurde, um die angeknackte Autorität des Genossen Kopf zu flicken. Die Oeffentlichkeit hat sich jedoch über den blödsinnigen Flaggenstreit der Landesregierung köstlich amüsiert, wobei die SPD wieder einmal eine Menge Federn auf der Walstatt lassen mußte, weil der Arbeiter es einfach nicht verstehen konnte, wie man sich in einer solch ernsten Zeit über die Führung einer Dienstflagge herumbalgen kann. Jetzt endlich ist der Streit um die Führung der Dienstflagge mit einem Vergleich beendet worden, und die Partei atmet in Hannover auf.

Die niedersächsische Landesregierung hat dem Landtagspräsidenten anheim gestellt, eine eigene Autostandarte zu führen, die allerdings von den von den Landesbehörden verwendeten Dienstflaggen abweichen muß. Um zu diesem Vergleich zu kommen, mußten endlose Diskussionen geführt, und Partei und Oeffentlichkeit mobilisiert werden. Das ganze Land Niedersachsen, und mit ihm die SPD, vergießt Freudentränen, daß dieser Flaggenkampf ein Ende genommen hat. Ministerpräsident Kopf, der sich in letzter Zeit immer wieder in Gesellschaft des Welfenherzogs sehen läßt, hätte ja um die Führung der Dienstflagge weiter ringen und nicht nur das Land, sondern auch die SPD spalten können! Das wäre furchtbar gewesen!

Der Bürokratie in der Odeonstraße ist wirklich ein Stein vom Herzen gefallen. Nun können die Bürokraten wieder beruhigt schlafen, denn die Partei hat wieder einmal gesiegt, gesiegt über die Dummheit derjenigen, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben und annehmen, daß die Intrigen der Parteigötter von den Arbeitern in den Betrieben wichtiger genommen werden als ein Mückenschiß auf dem Fensterbrett.

Die Arbeiter sollten aber diesen Vorfall zum Anlaß nehmen, darüber nachzudenken, welche Sorgen die Herren in Hannover haben.

Der Zerfall geht weiter

„Die trotzkistische Bewegung (IV. Internationale) spaltete sich anfangs 1953 in zwei Teile . . . Eine erneute Spaltung, die die französische Bewegung (der IV. Internationale) aufsplittert, stellt Rolle und Existenz der trotzkistischen Internationale überhaupt in Frage. Zwei Führer, Michel Mêstre und Mathias Corvin, bestreiten sogar, daß eine IV. Internationale jemals Lebensberechtigung gehabt habe. Es scheint, daß diese Stellungnahme, die im neuen Organ dieser Tendenz, „Le communiste" (Der Kommunist), ausgedrückt wird, von den englischen, kanadischen und amerikanischen Trotzkisten geteilt wird. Die Urheber der Spaltung vertreten die Auffassung, daß sich ihre Organisation in Frankreich ohne Anspruch auf organisatorische Selbständigkeit der Arbeiterbewegung einordnen müsse." („France-Observateur", 12. Aug. 1954.

Der Verlag Arbeiterpolitik verfügt noch über folgende Broschüren:

August Thalheimer:
Die Potsdamer Beschlüsse
2. Auflage, 1950, Preis: 30 Pfg.

August Thalheimer:
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg
2. Auflage, 1950, Preis: 40 Pfg.

August Thalheimer:
Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1952, Preis: 50 Pfg.

Der Hessenstreik und seine Lehren
Oktober 1951, Preis: 30 Pfg.

Bestellungen sind zu richten an B. Schöttle-Thalheimer, Stuttgart-S, Wannenstraße 62.

Verantwortlich für Verlag u. Redaktion: B. Schöttle-Thalheimer, Stuttgart-S, Wannenstr. 62 - Druck: Verlagsdruckerei Carle, Vaihingen - Die Arbeiterpolitik erscheint am 5. und 20. jeden Monats und kann vom Verlag oder über die Postzeitungsliste bezogen werden.